



GRUNDSATZ-

PROGRAMM DER

GRAZER GRÜNEN (ALG)

GEMEINDERATSWAHL 2012



INHALT

VORWORT	3
1. ÖKOLOGISCHES GRAZ	4
1.1. Umweltschutz	4
1.2. Energiepolitik	10
2. BEWEGTES GRAZ	12
2.1. Mobilität und Verkehr	12
2.2. Sport	19
3. SOLIDARISCHES GRAZ	21
3.1. Menschenrechte	21
3.2. Migration und Integration	24
3.3. Sozial- und Gesundheitspolitik	27
3.4. Erwerbsarbeit	31
4. DEMOKRATISCHES GRAZ	32
4.1. Öffentlicher Raum	32
4.2. Direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung	34
5. INNOVATIVES GRAZ	36
5.1. Stadtplanung	36
5.2. Wirtschaft	41
5.3. Grüne Netzpolitik	44
5.4. Überregionale Zusammenarbeit	46
6. GERECHTES GRAZ	48
6.1. Frauen	48
6.2. Generationen	52
7. VIELFÄLTIGES GRAZ	58
7.1. Bildung und Schule	58
7.2. Kunst und Kultur	62
8. TRANSPARENTES GRAZ	66
8.1. Budget und Finanzen	66
8.2. Korruptionsbekämpfung	68

VORWORT

STADT KANN VIEL MEHR SEIN. NUR GRÜN KANN DAS!

Korruption, Lobbyismus und Intransparenz haben das Vertrauen in die Politik in Österreich zerstört. Und auch außerhalb der Landesgrenzen müssen wir atemlos krisenhafte Entwicklungen wie das Auseinanderdriften von Reich und Arm oder die ökologischen Folgen von unbegrenztem Wachstum erleben. Diese Entwicklungen beeinflussen unser Leben in der Stadt und machen vielen Menschen Angst. Gerade in diesen Zeiten ist es von großer Bedeutung, dass unsere Stadt uns Vertrauen in eine gute Zukunft ermöglicht.

Graz hat das Potenzial eine solche Stadt zu sein:

- » Eine Stadt, in der großzügige öffentliche Räume zur freien Bewegung einladen und die ungezwungene Begegnung entspannter BürgerInnen ermöglichen – gefahrlos und ohne Barrieren.
- » Eine Stadt, in der feinteilige Strukturen das Leben aller Bürger und Bürgerinnen unterstützen – und ihnen in einem guten Gefüge vor Ort bieten, was sie alltäglich brauchen.
- » Eine Stadt, die sicher ist, weil wir spüren, dass unsere Kinder ohne Begleitung in die Schule gehen können – jenseits der Gefahren des Autoverkehrs und im Licht einer Öffentlichkeit, die sie aufmerksam wahrnimmt und so beschützt.
- » Eine Stadt, die sozial ist, weil immer mehr Menschen am öffentlichen Leben teil haben – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem wirtschaftlichen Status.
- » Eine Stadt, in der wir und unsere Kinder gesunde Luft in lärmfreien Räumen atmen und in der wir uns frei und ungehindert, heiter und umweltbewusst bewegen können.
- » Eine Stadt, in der wir uns zu Hause fühlen, weil sie grün ist – im Park oder am Fluss, auf begrünten Stadtstraßen oder in gemeinschaftlichen Gärten - wir müssen sie nicht verlassen, um die Kraft der Natur wahrnehmen zu können.

Ausgrenzung, Verbote und in die Vergangenheit gerichtete Politik als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen sind Nährboden für eine Stadt der Angst, der Sorge und des Auseinanderlebens. Die Grüne Vision für Graz sieht anders aus: Wir arbeiten an einer Stadt der Zuversicht, in der Vielfalt und echte Beteiligung gefördert werden und in der sich Menschen gegen Ausgrenzung und Verdummung stark machen. In der den Menschen und ihrer Gesundheit ein höherer Wert beigemessen wird als dem Auto. In der es Chancen für das Arbeiten, das Lernen und das Schaffen, aber auch für die Erholung und das Lebendig-sein gibt. Wir wollen eine Stadt, die sich weiterentwickelt und dabei Platz für Schräges und Kreatives genauso bietet, wie für Vertrautes und Gemütliches.

Das alles kann nur Grün. Weil wir bei Investitionen auf Nachhaltigkeit achten, weil wir den Zugang zur Daseinsvorsorge sicherstellen, weil wir vorausschauend und nach ökologischen Prinzipien planen und wir die Bereitschaft und den Mut haben, auch wenn es schwierig ist, das Gemeinwohl über das Interesse einzelner Weniger zu stellen.

Unbestechlich, zuversichtlich und mit einer klaren Linie stehen wir auch weiterhin für ein umweltfreundliches und gerechtes Graz!



Lisa Rücker

1. ÖKOLOGISCHES GRAZ

1.1. UMWELTSCHUTZ

Lebensraum ökologisch gestalten...

Viel zu lange wurden die Auswirkungen städteplanerischer und energiewirtschaftlicher Maßnahmen auf das Öko-System nicht hinterfragt bzw. keine Lösungen angedacht, die Natur- und Umweltschutz ausreichend berücksichtigen. Auch auf das wohl dringendste Grazer Umweltproblem, nämlich den Feinstaub, haben ÖVP, SPÖ und FPÖ keine Antwort.

... für mehr Lebensqualität

Gerade die Stadt bietet ganz besondere Chancen, den Lebensraum umwelt- und naturverträglich zu gestalten. Durch die verdichtete Bauweise der Städte kann einerseits vieles - vom Wohnen über Arbeit, Freizeit, Bildung, soziale Kontakte bis zum Einkaufen - mit geringem Energie- und Ressourcenverbrauch realisiert werden. Andererseits muss es auch ausreichend Platz und Schutz für Gärten, Grünflächen, Teiche und Fließgewässer bis hin zu Gstettn mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt geben, die allesamt einen hohen ökologischen Wert und einen Teil unserer Lebensqualität darstellen. Um den Feinstaub in Graz deutlich zu reduzieren, müssen endlich auch Maßnahmen gegen die „heilige Kuh“ Auto gesetzt werden.

DAS GRÜNE GRAZ SETZT AUF NACHHALTIGKEIT

SCHUTZ UNSERER LUFT – KONKRET

Die Belastung der Grazer Luft durch Feinstaub ist wohl das brennendste Umweltproblem, mit dem unsere Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner konfrontiert sind. Jahr für Jahr werden die erlaubten Feinstaubgrenzwerte (erlaubt sind 25 Überschreitungstage pro Jahr) um ein Vielfaches überschritten. Feinstaub hat viele Verursacher, daher muss die Feinstaubbekämpfung auf mehreren Ebenen, sowohl beim Verkehr als auch beim Hausbrand und bei der Industrie, ansetzen.

Die Grünen haben in ihrer Ressortzuständigkeit eine Reihe von Maßnahmen zur Feinstaubbekämpfung umgesetzt, die im städtischen Kompetenzbereich liegen. Vor allem im Bereich Hausbrand haben wir Grüne Vieles auf den Weg gebracht, wie beispielsweise die Fernwärmeanschlussverpflichtung, die Umstellung von 730 Grazer Gemeindewohnungen auf Fernwärme und die städtischen Förderungen für Heizungsumstellungen. Den Streusplit haben wir massiv reduziert und die Straßenreinigung durch den differenzierten Winterdienst optimiert. Jede Wegstrecke, die in der Stadt nicht mit dem Auto sondern zu Fuß, per Rad oder mit den Öffis zurückgelegt wird, ist ein Beitrag zur Feinstaubbekämpfung. Was die Grünen darüber hinaus im Bereich der Sanften Mobilität geleistet haben, ist detailliert im Kapitel „Mobilität und Verkehr“ nachzulesen.

Die Stadt kann – das haben die Grünen bewiesen – einen wesentlichen Beitrag zur Feinstaubbekämpfung leisten. Maßnahmen, die beim Feinstaubverursacher Nr. 1, dem Autoverkehr ansetzen, müssen jedoch vom Land erlassen werden. Es ist zwar unbestritten, dass Feinstaub ein hohes Gesundheitsrisiko darstellt (Asthma, Lungenerkrankungen, Krebs, Schlaganfälle etc.), trotzdem sind die verantwortlichen LandespolitikerInnen nach wie vor nicht bereit, notwendige Maßnahmen gegen den Autoverkehr zu setzen. Die Umweltzone, die knapp vor ihrer Umsetzung stand, wurde von der ÖVP verhindert, nichts desto trotz - oder viel mehr gerade deswegen - braucht Graz dringend Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs!

Wir Grüne fordern für eine gesunde Luft:

- » autofreie Tage (bzw. Tageszeiten) als Sofortmaßnahme
- » die Einführung der City-Maut
- » niedrigere Tempolimits in Luftsanierungsgebieten (z.B. 30/80/100 statt 50/100/130)
- » die effektive Kontrolle bestehender Tempolimits
- » die weitere Stärkung des Radverkehrs und der Sanften Mobilität
- » die Angebotserweiterung von Car-Sharing, E-Mobilität und anderen alternativen Antrieben
- » Jobtickets für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- » die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und keine Errichtung zusätzlicher innerstädtischer Parkflächen und Parkgaragen
- » eine Verkehrserregerabgabe für Einkaufszentren
- » die Freihaltung der klimatisch bedeutenden Frischluftschneisen von Verbauung

SCHUTZ UNSERES GRÜNRAUMS - KONKRET

FAUNA UND FLORA

Nur wenigen Grazerinnen und Grazern ist bewusst, in welcher artenreicher Gesellschaft sie ihren Alltag verbringen. Viele Grazerinnen und Grazer haben Haustiere, insbesondere Hunde, die ausreichend Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt brauchen. Ein aufmerksamer Spaziergang entlang der Mur, in den Parks oder durch die Gartenstadt-Zonen ermöglicht darüber hinaus die Entdeckung der vielfältigen (Wild-)Tier- und Pflanzenwelt unserer Stadt.

Wir Grüne stehen für:

- » einen sorgfältigen Naturschutz
- » den Ausbau der städtischen Maßnahmen zum Artenschutz
- » die ausreichende Förderung des Vereins „Kleine Wildtiere in großer Not“, der sich der Pflege von verletzten Wildtieren widmet
- » eine nachhaltige ökologische Stadtplanung
- » den Erhalt und Ausbau von Grünflächen und Gärten
- » die verstärkte Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten
- » ein Förderprogramm zum Erhalt von Trockenwiesen und Biotopen
- » eine bessere Förderung von Naturschutzorganisationen
- » Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung in Politik und Bevölkerung
- » die Fortführung des Projekts „Gentechnikfreie Zone Graz“
- » Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des Grazer Veterinärreferats
- » Einführung einer Tierschutz-Beauftragten für die Stadt Graz
- » Schaffung weiterer Hundewiesen in allen Grazer Bezirken

- » Zweckwidmung der Einnahmen aus der Hundesteuer für Maßnahmen des Tierschutz wie z.B. zur Finanzierung der steirischen Tierschutzheime, der Finanzierung von Schulworkshops zum Thema Artenvielfalt und Tierschutz etc.
- » Verankerung des Tierschutz in der österreichischen Verfassung

INNENHÖFE, GÄRTEN UND URBAN GARDENING

Die Zunahme des Autoverkehrs, der wachsende Bedarf an Parkmöglichkeiten und die Ausnutzung hoher Dichten im Wohnbau haben in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass immer mehr Grünflächen gnadenlos versiegelt und ihre wertvolle Pflanzenwelt zerstört wurde. Doch Grün erobert sich seine Lebenswelt zurück! Urban Gardening hat inzwischen auch in Graz Einzug gehalten und Gemeinschaftsgärten, interkulturelle Gärten, Guerilla Gardening und Window Farming sind sichtbare Zeichen dafür, dass Gärtnern auch auf kleinstem Raum machbar ist. In Graz wurden unter Grüner Regierungsverantwortung erstmals Gemeinschaftsgärten und interkulturelle Gärten gefördert.

Wir Grüne setzen auf:

- » die Entsiegelung und Begrünung bereits zerstörter Vorgärten und Innenhöfe
- » die Fortsetzung und Finanzierung des Projekts „Grazer Innenhöfe beleben“ mit Öffnung der Innenhöfe
- » die Wiederbelebung der Gartenstadt-Zonen
- » die Bereitstellung von Flächen und den Ausbau der Förderung für Urban Gardening, insbesondere für Gemeinschaftsgärten und interkulturelle Gärten
- » verpflichtende Flächen für Gemeinschaftsgärten beim Neubau von Wohnsiedlungen

FREIFLÄCHEN, GRÜNFLÄCHEN UND PARKS

Eine ökologische Stadtentwicklung muss für ein breites Angebot an Frei- und Grünflächen sorgen. Je weniger Freiräume die Stadt zu bieten hat, umso dichter wird die Nutzung der verbleibenden Parks und Grünflächen. Konflikte zwischen Erholungssuchenden und Freizeitaktiven sind vorprogrammiert. Um diese Situation zu entschärfen, muss die Stadt die kleinen Parks in den Bezirken erhalten und neue Grünflächen schaffen.

Wir Grüne wollen für unsere Grünflächen:

- » eine Neugestaltung bei Platz- und Straßenumbauten mit Grün- und Verweilflächen (z.B. Griesplatz und Andreas Hofer-Platz)
- » Trinkbrunnen auf jedem Grazer Platz
- » eine Teilentsiegelung von Straßenflächen als Sicherheitsräume für Kinder und FußgängerInnen
- » den Rückbau und die Begrünung von Parkplätzen
- » eine Zwischennutzung von Brachflächen
- » die Schaffung städtischer Grillplätze in den Parks
- » Initiativen zur Stadt-Reinigung gemeinsam mit BürgerInnen und in Kooperation mit Schulen
- » die Einrichtung von Gemüsebeeten, Naschgärten und Streuobstwiesen auf zentralen Grünflächen

BÄUME UND WÄLDER

Bäume produzieren den für uns lebensnotwendigen Sauerstoff, filtern Schadstoffe aus der Luft, regulieren Temperatur und Luftfeuchtigkeit und sind Lebensraum für viele Tiere. In der vergangenen Gemeinderatsperiode hat die Stadt einige neue Waldflächen angekauft und damit in ihren Schutzbereich genommen.

Doch es gibt noch viel zu tun.

- » Baum- und Waldschutz in Graz bedeutet für uns Grüne:
- » einen neuen Baum für jedeN neueN GrazerIn
die Ausdehnung der bestehenden Baumschutzverordnung auf Friedhöfe und Flächen an Gewässern
- » ein strenger Schutz in Bauverfahren und während Bauphasen gemäß geltender Ö-Norm
- » eine verstärkte Unter-Schutz-Stellung von Naturdenkmälern
- » eine sorgsame und rechtzeitige Baum- und Waldpflege
- » bei Neupflanzungen auch Obstbäume zu pflanzen
- » die Schaffung neuer Alleen für Graz
- » einen Online-Zugang zum Grazer Baumkataster inklusive der Grazer Naturdenkmäler sowie Einrichtung einer Baumschutz-Hotline
- » ein transparentes Vorgehen bei unbedingt notwendigen Baumfällungen
- » weitere Ankäufe und Arrondierung zusammenhängender Waldflächen durch die Stadt

GRÜNGÜRTEL - DIE LUNGE VON GRAZ

Der Grazer Grüngürtel, der 98 Prozent des gesamten städtischen Waldes beherbergt und für ein intaktes Kleinklima und den nötigen Luftaustausch sorgt, umgibt die Stadt im Westen mit dem Plabutsch und dem Buchkogelzug und im Norden und Osten mit dem weitläufigen Grazer Hügelland. Mit einer Fläche von fast sieben Hektar bedeckt er mehr als die Hälfte des gesamten Stadtgebietes. Die Grünen sehen den aktiven und konsequenten Schutz des Grüngürtels als eine der obersten Prioritäten der Grazer Grünraumpolitik.

Wir Grüne fordern für den Schutz des Grazer Grüngürtels:

- » die Erklärung zum Natur- und Landschaftsschutzgebiet
- » keine weiteren Ausweisungen von Bauland
- » die Sicherung der Wegerechte durch die Wälder
- » Aktionen gegen Müll-Entsorgung in den Wäldern
- » die Förderung von ökologischer Forst- und Landwirtschaft

SCHUTZ UNSERES WASSERS - KONKRET

TRINKWASSER

Die langen Trockenperioden und Hochwasserereignisse der letzten Sommer sind deutliche Warnsignale dafür, dass wir sensibler mit unserer Wasserressourcen umgehen müssen. Gerade Städte sind gefordert, ihr Wasser besonders schonend zu nutzen und zu schützen. Graz ist in der glücklichen Lage, gutes Trinkwasser ohne chemische Aufbereitung zur Verfügung zu haben, rund 40 Prozent davon kommen aus der Region Stübing. Durch die geplante Mur-Staustufe droht allerdings Gefahr für das Grazer Trinkwasser.

Trinkwasserschutz bedeutet für uns Grüne:

- » kein Trinkwasser für Gartenbewässerung, Autowaschen und Klospülung verwenden
- » eine sukzessive Umstellung der Straßenreinigung auf Wasser aus dem Mühlgang
- » die Förderung getrennter Kreisläufe für Nutz- bzw. Brauchwasser und Trinkwasser, z.B. durch die Nutzung von Regenwasser für die Bewässerung
- » eine Ökologisierung der Kanalgebühren - derzeit bezahlen Grazerinnen und Grazer ihre Kanalgebühren nach der Anzahl der Toiletten pro Haushalt

BÄCHE UND GEWÄSSER

Durch das Grazer Stadtgebiet fließen 41 Bäche, die zusammen eine Gesamtlänge von rund 70 Kilometern aufweisen. Nur mehr ein Drittel der fließenden Gewässer in unserer Stadt können in Hinblick auf ihren natürlichen Zustand als intakt bezeichnet werden. Die restlichen zwei Drittel sind durch harte Regulierungsmaßnahmen, Gerinne und Verrohrungen der vergangenen Jahrzehnte zunehmend verarmt und als Erholungsräume aus dem Stadtbild gänzlich verschwunden.

Wir Grüne setzen auf:

- » die Weiterführung der Renaturierung naturferner Gerinne und verrohrter, unterirdisch geführter Bachläufe (Beispiel: Stufenbach, Grazbach im Augarten)
- » die Förderung der Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der Bäche im Stadtgebiet
- » ein konsequenter Biotopschutz für den Erhalt von Fauna und Flora
- » ein Förderprogramm für die naturnahe Erhaltung von privaten Bächen und Teichen

DIE MUR: EIN STÜCK WILDNIS IN DER STADT

Besonderes Augenmerk verdient die Mur, ist sie doch auf einer Länge von 15,6 Kilometern die zentrale Lebensader der Stadt. Sie beherbergt eine Vielzahl an seltenen Fisch- und Pflanzenarten sowie Reptilien und ist seit der Erschließung durch die Murpromenade für viele Grazerinnen und Grazer wieder ein wertvoller Erholungsraum geworden. Die Grünen kämpfen gegen die Errichtung der geplanten Mur-Staustufe Graz, die die Wasserqualität des Flusses deutlich verschlechtern und den Verlust von 8.000 Bäumen bedeuten würde.

Wir stehen für:

- » die ökologische Aufwertung der fließenden Mur sowie Freizeit- und Erholungsnutzung ohne Errichtung einer Staustufe im Grazer Stadtgebiet
- » verpflichtende Versickerung vor Ort und Schaffung weiterer dezentraler Retentionsbecken statt des zentralen Sammelkanals
- » eine sanfte Nutzung des Murraums durch den weiteren Ausbau der Muruferpromenade mit Zugängen und Wohlfühlplätzen am fließenden Wasser

HOCHWASSERSCHUTZ

Rund 1.000 Häuser sind in Graz von Hochwasser bedroht. Gründe dafür sind die rücksichtslose Regulierung von Bächen und die Versiegelung und Verbauung wichtiger Uferausläufe und Sickerflächen. Durch die jahrelang praktizierte Einleitung von Regenwasser in das öffentliche Kanalnetz kommt es bei Starkregenereignissen zu Überlastungen.

Hochwasserschutz bedeutet für uns Grüne:

- » ein Bebauungsverbot von Uferflächen und in Überschwemmungszonen
- » die Errichtung von Rückhaltebecken nach ökologischen Standards
- » die verpflichtende Versickerung vor Ort statt Einleitung in den öffentlichen Kanal
- » die Errichtung von Biotopen statt Sickergruben
- » Schutz unseres Bodens - Konkret

FLÄCHENRECYCLING:

Der Schutz von Böden in städtischem Gebiet bedarf einer deutlichen Einschränkung der Bodenversiegelung. Atmungsaktive Flächen sind gerade für das Kleinklima und die Luftqualität einer Stadt unverzichtbar. Die Grüne Leitlinie städtischer Bodenpolitik orientiert sich am „Flächenrecycling“: Werden bereits bebaute oder versiegelte Flächen in der Stadt konsequent genutzt, erübrigt sich der Verbrauch neuer, bisher nicht bebauter Flächen weitgehend.

Flächenrecycling heißt für uns Grüne:

- » ein gezielter Ankauf von Industriebrachen durch die städtische Immobiliengesellschaft
- » eine verdichtete Bebauung an städtebaulich geeigneten Standorten, etwa in der Nähe einer guten Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel
- » ökologische Auflagen wie Oberflächenwasserversickerung, Entsiegelung, Biotope statt Sickergruben, grüne Dächer und Wände, standortgerechte Bepflanzung bei Bebauungen und Einhaltung des Bauleitfadens des Umweltamts

1.2. ENERGIEPOLITIK

Investition in Innovation ...

Konsequentes Handeln ist mehr denn je gefragt: Neben Änderungen im Mobilitätsverhalten, hin zu sanfter Mobilität zu Fuß, per Rad und mit Öffis, sind Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien aus der Sonne die zentralen Punkte, in denen innovatives Verhalten gefragt ist.

...Schlüssel für die Energiewende

Die Belastungen der Luft stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit unserem Mobilitätsverhalten, aber auch mit unserem Energieverbrauch. Wer über die Luftgüte spricht, muss neben dem Verkehr mit dem Umbau unserer Energieversorgung, allem voran mit Energie-Effizienz beginnen. Mit dem von uns Grünen forcierten Kommunalen Energiekonzept (KEK) 2020 liegen alle notwendigen Maßnahmen auf dem Tisch. Jetzt gilt es, diese sukzessive umzusetzen.

DAS GRÜNE GRAZ SCHAFFT DIE ENERGIEWENDE

- » Nur effizienter Umgang mit erneuerbaren Energien ermöglicht eine ökologische und sozial verträgliche Bereitstellung von Energie, erhöht die Versorgungs- und Krisensicherheit und schafft zudem auch Arbeitsplätze.

GRÜNE ENERGIEPOLITIK – KONKRET

Die Verdoppelung der Solarförderung, die erste Grazer „BürgerInnen- Solaranlage“, die Umstellung der Straßenbeleuchtung und Ampeln auf LED, der Solardachkataster und die Errichtung von Großsolaranlagen sind nur einige Beispiele für die städtische Energiepolitik unter Grüner Verantwortung. Grün hat vorgezeigt wie es geht und will noch mehr, für eine notwendige Energiewende, für Klimaschutz und für die Verbesserung der Grazer Luft.

Der Umsetzung von Energie-Effizienz-Maßnahmen im Strom- und Wärmebereich im stadt-eigenen Bereich, bei den Haushalten und ganz besonders bei den Großverbrauchern Gewerbe und Industrie, kommt dabei besondere Bedeutung zu – Energiesparen bedeutet schließlich auch Kosten sparen.

Daher fordern wir Grüne:

- » die Ausrichtung sämtlicher städtischer Förderungen, Tarife und Gebühren nach ökologischen Richtlinien und Standards
- » eine zwingende Berücksichtigung von Energie-Effizienz sowie ökologischen und fairen Kriterien bei städtischen Ausschreibungen
- » die Fortführung und prioritäre Förderung von städtischen Energie-Effizienz-Programmen wie Green Light und Einsparkraftwerk Graz
- » die Förderung des Umstiegs auf erneuerbare Energieformen aus Solarenergie (weitere Groß-Solaranlagen, PV-BürgerInnen-Anlagen) und dezentraler Kraft-Wärmekopplung
- » die Eigenversorgung aller städtischen Gebäude aus eigenen Photovoltaik-Anlagen
- » einen Energiecheck und Maßnahmenplan zur thermischen Sanierung für alle städtischen Gebäude

- » Förderungen für die Stilllegung von alten Festbrennstoff-Heizungen
- » die Umstellung elektrischer Warmwasserbereitung und Kühlung auf alternative Energieformen
- » ein Ersatzprogramm zur Umstellung von Elektroheizungen auf Fernwärme
- » eine Offensive bei der ökologischen thermischen Sanierung bestehender Gebäude im Sinne der Niedrig- und Null-Energie-Standards sowie mit ökologischen Baustoffen (Bauleitfaden Umweltamt)
- » eine Anhebung energierelevanter und ökologischer Vorgaben in der Steiermärkischen Bauordnung (Bauleitfaden Umweltamt)
- » eine rasche Umsetzung des Kommunalen Energiekonzepts 2020, das konkrete Maßnahmen zur Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden und Wohngebäuden, zum Ausbau von Fernwärme und Solar-energie, sowie zu energieeffizienter Mobilität enthält
- » ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz
- » einen schadstoffarmen Fernwärme-Mix für Graz durch Bezug der Fernwärme aus dem neuen Gas- und Dampfkraftwerk in Mellach und Stilllegung des Steinkohlekraftwerks

2. BEWEGTES GRAZ

2.1. MOBILITÄT UND VERKEHR

Sanfte Mobilität ...

Die Mobilität in Europas Städten befindet sich im Wandel. Umweltbewusstsein, der Wunsch nach Flexibilität und Unabhängigkeit und nicht zuletzt der Blick auf die eigene Geldtasche bewegen die Menschen dazu, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern. So auch in Graz. Fahrrad, Bus und Straßenbahn sowie die ursprünglichste aller Mobilitätsformen, das zu Fuß gehen, lösen das Auto in unserer Stadt sukzessive ab. Die Sanfte Mobilität ist im Vormarsch und belebt die Stadt auf eine umwelt- und menschenfreundliche Art.

...Rückgewinnung von Lebensraum

Die Jahrzehnte vor der Grünen Regierungsbeteiligung bis zum Jahr 2008 waren in der Grazer Verkehrspolitik dem Auto gewidmet. Knapp 90 Prozent der Verkehrsflächen stehen dem Autoverkehr zur Verfügung, während sich die wachsende Gruppe der RadfahrerInnen und FußgängerInnen schmale Wege und zugeparkte Randbereiche teilen muss.

Förderung der Sanften Mobilität bedeutet für uns Grüne die Anpassung der räumlichen Erfordernisse an die aktuelle Entwicklung - weniger Raum für den Autoverkehr und mehr Platz für die neue Mobilität.

DAS GRÜNE GRAZ SCHAFFT EINE NEUE MOBILITÄT

- » Grüne Mobilitätspolitik fördert diese Entwicklung aktiv und nachhaltig und stellt den Menschen in den Vordergrund - für eine bessere Atemluft, eine geringere Lärmbelastung, mehr Sicherheit durch stadtverträgliche Geschwindigkeiten und für die Rückgewinnung von neuem Lebens- und Begegnungsraum. Wir bauen den öffentlichen Verkehr aus, verbessern die Bedingungen für den Radverkehr, fördern das zu Fuß gehen und schaffen Räume für das städtische Leben.

SANFTE MOBILITÄT- KONKRET

NEUVERTEILUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Dass ein Straßenraum nicht zwangsläufig aus getrennten Fahrbahnen, zwei Parkstreifen und einem schmalen Gehsteig bestehen muss, zeigen uns erste positive Beispiele in Graz und viele neu gestaltete öffentliche Räume in zahlreichen europäischen Städten. Wir Grüne setzen uns für maßgeschneiderte Planungen ein, die umweltfreundliche Mobilität in den Vordergrund stellen, sie sicherer gestalten, ihr mehr Raum geben und gleichzeitig den Aufenthalt im öffentlichen Raum für Alt und Jung wieder attraktiv machen.

Wir Grüne stehen für:

- » flächendeckendes Tempo 30 im Stadtgebiet
- » Shared Space: Shared Space steht für einen gemeinsam genutzten Raum, der auf Ampeln, Verkehrsschilder und Barrieren verzichtet und sich für Straßen, Wege und Plätze eignet, an denen verschiedene Mobilitätsformen aufeinander treffen. Shared Space verwandelt die Verkehrsfläche in einen Begegnungs- und Aufenthaltsraum, in dem gegenseitige Rücksichtnahme das oberste Gebot ist. Temporeduktion, achtsamer Umgang der VerkehrsteilnehmerInnen untereinander und Steigerung der Aufenthaltsqualität sind seine Erfolge.

- » Wohnstraßen: Vor der eigenen Haustüre sorglos spielen, mit den Nachbarn und Nachbarinnen tratschen oder ein eigenes Blumenbeet pflegen. Das ist der Wunsch vieler StadtbewohnerInnen. Wohnstraßen machen das möglich. Sie können in Straßenzügen eingerichtet werden, die wenig motorisierten Durchzugsverkehr aufweisen und von vielen Kindern, Senioren und Seniorinnen bewohnt werden. Wohnstraßen eignen sich gut, um sie gemeinsam mit den BewohnerInnen nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.
- » Begegnungszonen: Die Begegnungszone gestaltet den Straßenraum vorrangig für Fußgänger und Fußgängerinnen. In der Begegnungszone dürfen FußgängerInnen die gesamte Straße, also auch die Fahrbahn, nutzen. Andere VerkehrsteilnehmerInnen können die Begegnungszone durchfahren, bei einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h. Die Begegnungszone ist ein in der Schweiz sehr erfolgreich erprobtes Gestaltungselement. Nach Vorliegen der notwendigen Verankerung in der StVO wird Graz die ersten Begegnungszonen umsetzen.
- » Schulstraßen: Vor und nach dem Unterricht spielen sich vor den Schulen oft gefährliche Szenen ab. Autos fahren vor, stehen in zweiter und dritter Spur, Autotüren gehen auf und zu. Eltern und Kinder, die mit dem Rad oder zu Fuß kommen, sind dadurch gefährdet. Durch ein Einfahrverbot für Autos vor Unterrichtsbeginn und nach Schulende ermöglicht die Schulstraße den Kindern einen gefahrlosen Schulweg zu ihrer Schule, einen unbeschwerten Aufenthalt im Schulbereich und fördert ihre Selbstständigkeit.

BEWUSSTSEIN ÄNDERN – VERHALTEN ÄNDERN

Mobilität beginnt im Kopf. Die Bereitschaft der Grazerinnen und Grazer, auf ihr Auto zu verzichten und auf umweltfreundliche Mobilitätsformen umzusteigen, ist so groß wie nie zuvor. Wir Grüne stehen für ein wirkungsvolles und finanziell langfristig abgesichertes Mobilitätsmanagement, das Lust darauf macht, alte Gewohnheiten abzulegen und die Menschen dazu motiviert, ihr Mobilitätsverhalten nachhaltig zu verändern, damit sie sich frei, umweltbewusst und gesund in der Stadt bewegen können.

- » Mobilitätsmanagement an allen Grazer Schulen: Ein Viertel der Eltern bringt ihre Kinder mit dem Auto zur Schule, in dem falschen Glauben, dass ihre Sprösslinge dadurch sicherer sind. So lernen die Kinder früh das Auto als einzige Mobilitätsform kennen und versäumen die wichtige Entdeckung ihrer eigenen Aktionsräume und die Erfahrung selbstständiger Mobilität. Schulisches Mobilitätsmanagement fördert das Bewusstsein über die eigene Mobilität - durch Spiel und Spaß bei den Kindern und durch Information und Beratung bei Eltern und LehrerInnen. Nur durch dieses Angebot, das auch auf höhere Schulstufen ausgeweitet werden muss, kann langfristig eine Änderung des Mobilitätsverhaltens erreicht werden.
- » Mobilitätsmanagement für Klein-, Mittel und Großbetriebe: Betriebliche Mobilität umfasst den Transport von Gütern ebenso wie den Weg der ArbeitnehmerInnen und KundInnen zu Geschäften und Betrieben. In Graz entfällt auf den Berufsverkehr rund ein Viertel aller Wege. Der Großteil dieser Wege wird nach wie vor mit dem Auto zurückgelegt. Betriebliches Mobilitätsmanagement bietet Unternehmen und Beschäftigten Lösungen, die Mobilität rund um ihre Betriebe kosten- und ressourceneffizienter zu gestalten, Warentransporte zu optimieren und Fahrzeugflotten ökonomisch und ökologisch zu verbessern.
- » Mobilitätsmanagement bei Neuansiedlung: Wann immer Menschen ihren Wohnort wechseln, ändert sich auch ihre Mobilität. Diesen Moment gilt es zu nutzen, um in Kooperation mit WohnbauträgerInnen, Informationspakete über Angebote des öffentlichen Verkehrs, nächstgelegene Radweganbindungen, Car-Sharing und andere neue Mobilitätsangebote aktiv zu kommunizieren.

GRÜNE MOBILITÄT FÜR FUSSGÄNGER UND FUSSGÄNGERINNEN

In den letzten 30 Jahren hat der Anteil der Fußgänger und Fußgängerinnen am allgemeinen Mobilitätsaufkommen drastisch abgenommen. Graz als Stadt der kurzen Wege bietet seinen BewohnerInnen und BesucherInnen gute Voraussetzungen, Alltags- und Freizeitwege auch zu Fuß zu genießen. Wir Grüne sehen es als Aufgabe einer umweltfreundlichen Mobilitätspolitik, diese Voraussetzungen auszubauen und zu fördern.

- » Bestellung einer oder eines FußgängerInnenbeauftragten: Die Fußgänger und Fußgängerinnen zählen zu den schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen. Analog zu den Radfahrbeauftragten bedarf es eines oder einer Verantwortlichen, die oder der bei Neuplanungen auf die Interessen der FußgängerInnen achtet, Verbesserungspotenziale aufzeigt und deren fußgängerInnenfreundliche Umsetzung verfolgt.
- » Ausweitung von FußgängerInnenzonen: Eine Ausweitung bestehender FußgängerInnenzonen und die Schaffung zusätzlicher FußgängerInnenzonen und Begegnungszonen heben die Attraktivität des zu Fuß Gehens in Bereichen mit hoher PassantInnenfrequenz. Beispiele für zukünftige FußgängerInnenzonen in Graz: Jakoministraße, Schörgelgasse, Kaiserfeldgasse, Lendplatz, Griesgasse, Kaiser-Josef-Platz.
- » Entflechtung von Geh- und Radwegen: Die Anlage breiterer Geh- und Radwege durch Umverteilung des Straßenraums ermöglicht die Trennung der Radwege von den Bereichen der Fußgänger und Fußgängerinnen, schafft mehr Platz und ein subjektiv erhöhtes Sicherheitsgefühl. Dazu gehört auch die Aufhebung der Benutzungspflicht von Radwegen.
- » FußgängerInnenfreundliche Ampelschaltung: Die laufende Überprüfung und die Umsetzung entsprechender Wünsche aus der Bevölkerung können unzumutbar lange Wartezeiten und damit auch Gefahren reduzieren.
- » Sichere Gestaltung von Kreuzungen:
Die Freihaltung von Sichtfeldern zur besseren Einsehbarkeit von FußgängerInnenübergängen ist eine wesentliche Verkehrssicherheitsmaßnahme für FußgängerInnen, die auch auf Kosten von KFZ-Stellflächen umgesetzt werden muss.

GRÜNE MOBILITÄT FÜR RADFAHRERINNEN UND RADFAHRER

Die Grünen haben Graz zur Fahrradhauptstadt Österreichs gemacht. Immer mehr Grazerinnen und Grazer entdecken die Vorzüge des schnellen, unabhängigen und günstigen Zweirades und machen es zur ersten Wahl, wenn es darum geht, den Weg zur Arbeit, in die Schule, zum Einkaufen oder in den Park zurückzulegen. Wir Grüne sehen im Fahrrad die Zukunft der Stadt. Denn jeder Umstieg vom Auto auf das Fahrrad ist ein unmittelbarer Beitrag zu besserer Luft, weniger Lärm und mehr Platz für die Menschen. Den Radverkehr zu fördern, bedeutet für uns auch die Notwendigkeit zur Umverteilung des Straßenraumes: weniger Platz für das Auto - mehr für den Radverkehr.

- » Einrichtung von Radschnellstraßen: Radschnellstraßen sind komfortable, breite Radwege, die ausschließlich dem Radverkehr vorbehalten sind. Sie dienen RadfahrerInnen dazu, ungehindert von anderen VerkehrsteilnehmerInnen, auf schnellem Weg von einem Ende der Stadt an das andere zu gelangen. Beispiele für die Errichtung zukünftiger Grazer Radschnellstraßen sind die Elisabethstraße und der Ring.
- » Einrichtung von Fahrradstraßen: Auf einer Fahrradstraße haben Fahrräder gegenüber anderen VerkehrsteilnehmerInnen Vorrang. Sie dürfen nebeneinander fahren und haben mehr Platz und Sicherheit. Autoverkehr sowie öffentlicher Verkehr müssen sich hinter den RadfahrerInnen einreihen. In Graz erfüllen viele Straßen die Kriterien für eine Fahrradstraße. Beispiele für zukünftige Fahrradstraßen in Graz: Zinzendorfsgasse, Raubergasse.

- » Lückenschlüsse konsequent vorantreiben: Lückenschlüsse im Radwegenetz sind für die Sicherheit und das Vorankommen des steigenden Radverkehrs bedeutend. Notwendige Grundstücksablösen oder schwierige technische Lösungen müssen im Infrastrukturbudget berücksichtigt werden.
- » Ausbau der Abstellanlagen: 98 Prozent der öffentlichen Abstellflächen stehen dem Auto zur Verfügung, nur 2 Prozent dem Radverkehr. Eine Umwidmung von KFZ-Parkflächen für Radabstellplätze ermöglicht die Errichtung komfortabler und sicherer Vorrichtungen.
- » Bestellung eines/einer zweiten Radverkehrsbeauftragten: Der ansteigende Radverkehr verlangt in der Verwaltung nach zusätzlichen Ressourcen für Planung, Kommunikation und Mobilitätsmanagement. Mit einem oder einer zusätzlichen Radverkehrsbeauftragten können die Anforderungen an eine schnellere Umsetzung von Radverkehrsförderung besser erfüllt werden.
- » Ausbildung von Radfahrscouts: Radscouts sind RadfahrerInnen, die ihr Wissen im Bereich Radfahren Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und SeniorInnen kompetent vermitteln. Sie geben Radfahrtrainings in der Praxis, machen Radreparaturkurse und sind kompetente BegleiterInnen im Straßenverkehr, wenn jemand neu in der Stadt ist und sich Tipps und Infos für Alltags-Entdeckungsreisen mit dem Fahrrad holen will, Radfahren lernen oder wieder damit anfangen will.
- » Budgetäre Absicherung von Radfahrtrainings: Die in den letzten Jahren ausgebauten Angebote für Radfahrtrainings für spezielle Zielgruppen (SchülerInnen, SeniorInnen und MigrantInnen) haben großen Zuspruch erfahren. Es gilt diese Angebote in Zukunft zu stärken und langfristig abzusichern.
- » Ausbau von Radrouten zu Grazer Schulen: Im Sinne der Förderung schulischer Mobilität und der Förderung eines Schulweges ohne Auto ist der gezielte Ausbau von Radrouten rund um Grazer Schulen notwendig.
- » Schwerpunktaktionen zu Sicherheitsfragen: Die steigende Anzahl an RadfahrerInnen erfordert eine erhöhte Konzentration auf deren Sicherheit. Aufklärende Aktionen zu einer sicheren Ausstattung und insbesondere guten Beleuchtung von RadfahrerInnen müssen weitergeführt werden. Auch mehr Wissen über die Regeln im Straßenverkehr fördert die eigene Sicherheit ebenso, wie die der Anderen.

GRÜNE MOBILITÄT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR - KONKRET

Die Qualität von Straßenbahn und Bus hat sich in den letzten Jahren in der Stadt Graz deutlich verbessert. Moderne Fahrzeuge, neue Buslinien, mehr Service und die Verdichtung der Takte haben die KundInnenzufriedenheit steigen lassen und den Graz Linien jedes Jahr neue Rekordwerte bei den Fahrgastzahlen gebracht. Die Grüne Regierungsbeteiligung hat hier eine deutliche Handschrift hinterlassen und auch schon die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Damit der öffentliche Verkehr in Graz fit für die Zukunft und ein attraktives Angebot auch für die Pendler und Pendlerinnen ist, müssen folgende Maßnahmen gesetzt werden:

AUSBAU DER SÜD-WEST-LINIE:

Die Umsetzung der Straßenbahnlinie in den Grazer Westen ist in greifbare Nähe gerückt. Die Erschließung über den Griesplatz, die Lazarettgasse, die Kärntnerstraße, über Don Bosco bis zur Hummelkaserne und in einer weiteren Ausbaustufe bis zur Grottenhofstraße ist ein historischer Meilenstein in der Grazer Mobilitäts- und Stadtentwicklung. Sämtliche erforderlichen Vorbereitungen wurden in den letzten Jahren getroffen. Nun gilt es, diese Erschließung konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen voranzutreiben. Eine Fertigstellung im Jahr 2018 ist realistisch.

- » Einrichtung einer Entflechtungsstrecke für die Herrengasse: 1.200 Straßenbahnen fahren täglich durch die Herrengasse. Jede Minute verlässt ein Wagen pro Richtung den Hauptplatz. Im Nadelöhr Herrengasse stößt der Straßenbahnverkehr zunehmend an seine Grenzen. Eine Entflechtungsstrecke über den Griesplatz, die Rösselmühlgasse, die Elisabethinergasse und die Annenstraße ermöglicht den Bau der Süd-West-Linie.
- » Verlängerung der Linie 7 in das Stiftingtal: Mit dem geplanten MedUni Campus neben dem LKH gewinnt die Stadt Graz einen neuen Universitätsstandort und die Chance, durch ein gezieltes Mobilitätsmanagement, die Verkehrsströme rund um das LKH neu zu lenken. Die Verlängerung der Linie 7 über die Stiftingtalstraße ist ein notwendiger Baustein für eine attraktive ÖV-Anbindung zum neuen Standort.
- » Errichtung neuer S-Bahn Haltestellen: Neue S-Bahn Haltestellen zum Zwecke der direkten Anbindung an den städtischen öffentlichen Verkehr erhöhen die Attraktivität für den überregionalen Verkehr. Die Stadt Graz muss gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark geeignete Knotenpunkte ausbauen. Beispiel für eine zukünftige Haltestelle: Nahverkehrsdrehscheibe Murpark.
- » Regionalbusbahnhof NEU: Die Zusammenlegung aller Regionalbuslinien zu einem zentralen Knotenpunkt vereinfacht für alle Kunden und Kundinnen das Umsteigen. Zugleich werden dadurch wichtige Plätze im Innenstadtbereich von parkenden Bussen befreit: hochwertige öffentliche Räume wie der Andreas-Hofer-Platz, der Griesplatz, Dietrichsteinplatz und Lendplatz öffnen sich für neue Nutzungen und können zu neuen Orten des sozialen Lebens, des entspannten Aufenthalts und der spontanen Begegnung werden.
- » Busse mit moderner Antriebstechnologie: Die schlechte Luftgüte im Großraum Graz erfordert rasche Umstellungen in den Fuhrparks der Graz Linien. Die Anschaffung von Bussen mit umweltfreundlicher Antriebstechnologie muss finanziell abgesichert und zügig fortgesetzt werden.
- » Bevorrangung von Bus und Straßenbahn: Pünktlichkeit, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit sind die zentralen Kriterien für einen attraktiven öffentlichen Verkehr. Die Bevorrangung von Bus und Straßenbahn im Stadtverkehr ist weiterhin sicherzustellen und laufend zu optimieren.

MOBILITÄT PLANEN UND VERHANDELN - KONKRET

MOBILITÄT PLANEN

Wir Grüne verstehen Verkehrsplanung daher als Teil der Stadtplanung, der Stadtentwicklung, der Grünraumplanung, der Gesundheitspolitik und der überregionalen Standortpolitik.

Wir Grüne fordern für die nachhaltige Gestaltung der Stadt:

- » eine ine Einbindung der Verkehrsplanung in sämtliche Agenden der Stadtentwicklung
- » eine Einbindung der Verkehrsplanung in die Entwicklung von Bebauungsplänen und in die Umset-

zung von einzelnen Bauvorhaben

» eine Einbindung in Entscheidungen von regionaler Bedeutung

MOBILITÄT VERHANDELN

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, durch rechtzeitige, inhaltliche Zusammenarbeit mit WohnbauträgerInnen und BauträgerInnen für große, standortrelevante Bauprojekte Mobilitätsverträge - wie z.B. beim Wohnbaugroßprojekt Waagner-Biro-Straße oder dem MedUni Campus - abzuschließen. Diese Verträge verpflichten sowohl die Stadt Graz als auch die jeweiligen BauträgerInnen zu konkreten Leistungen, mit dem Ziel, ein optimales Mobilitätsmanagement am neuen Standort zu erreichen. Der Abschluss von Mobilitätsverträgen ist österreichweit vorbildlich und soll auch in Zukunft in der Stadt Graz weiter praktiziert werden.

MOBILITÄT FINANZIEREN- KONKRET

Bei der Finanzierung von Mobilität ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Grundbedürfnis nach Mobilität, den hohen Kosten und dem massiven Marktversagen im Mobilitätsbereich aufzulösen.

Da der gesamte Mobilitätsbereich bereits derzeit seine Gesamtkosten (z.B. negative Einflüsse auf die Umwelt) bei weitem nicht selbst trägt und somit hoch subventioniert ist, sind vor allem volkswirtschaftlich sinnvolle Mobilitätsformen zu fördern. Deshalb ist die massive Förderung von FußgängerInnen und RadfahrerInnen die beste Möglichkeit, Mobilität gesamtwirtschaftlich und individuell günstig bereitzustellen. Diese Mobilitätsformen bestechen durch geringen Ressourceneinsatz, minimale Umweltbelastungen (Lärm, Abgase, Flächenverbrauch), durch die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit (regelmäßige Bewegung) und auch durch die jederzeitige individuelle Verfügbarkeit für nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen.

Natürlich können nicht alle Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Deshalb ist zusätzlich das ÖV-Angebot zu verbessern. Der öffentliche Verkehr verursacht hohe Infrastruktur- und Betriebskosten. Diese Kosten werden derzeit zwischen den NutzerInnen und der öffentlichen Hand aufgeteilt. Der ÖV ist im städtischen Bereich dem motorisierten Individualverkehr (MIV) ökonomisch, ökologisch und volkswirtschaftlich überlegen. Deshalb ist eine höhere Förderung des ÖV anzustreben. Mit den zusätzlichen öffentlichen Mitteln ist vor allem der Ausbau des ÖV (Quantität und Qualität) voranzutreiben, zu beachten ist aber auch die private Finanzierbarkeit von Mobilität für alle Menschen (z.B. billigere ÖV-Tickets für einkommensschwache Gruppen). Ein genereller Nulltarif würde aber unerwünschte Anreize zur Übernutzung des volkswirtschaftlichen teuren ÖVs zu Lasten der wirklich sanften und günstigen Mobilitätsformen (Radfahren und zu Fuß gehen) setzen.

Die zusätzlichen öffentlichen Mittel für den ÖV sind vor allem zu Lasten der derzeit am höchsten subventionierten Mobilitätsform, dem motorisierten Individualverkehr (MIV), zu generieren. Der MIV deckt nicht einmal seine direkten Kosten - z.B. wird alleine der Bau des rund 1,3 km langen Südgürtels in Graz in den nächsten Jahren rund 200 Mio. Euro kosten (das sind rund 150.000 Euro/Meter!), der MIV verursacht aber auch hohe indirekte (externe) Kosten (Lärm, Feinstaub, Abgase, Flächenverbrauch, Unfälle usw.) und reduziert dadurch die Lebensqualität vieler Menschen.

Fiskalische Maßnahmen, wie z.B. City Maut, Stau-Maut, Stellplatzabgabe (Steuer auf Großparkplätze, insbesondere bei Einkaufszentren) und höhere Parkgebühren und Parkstrafen im öffentlichen Raum haben positive Lenkungseffekte (weniger MIV) und unterstützen die Finanzierung des dringend notwendigen Ausbaus des ÖV. Diese Maßnahmen scheitern aber an der politischen Willensbildung. Beispielsweise sind die Parkgebühren und die Parkstrafen in Graz inflationsbereinigt viel geringer als vor 20 Jahren, während der ÖV jedes Jahr teurer wird.

- » Für eine sinnvolle Finanzierung von Mobilität fordern wir Grüne:
- » höhere Parkgebühren und Parkstrafen als erste Schritte
- » notwendige Maßnahmen sind von Land und Bund vorzubereiten und umzusetzen

Zum Abschluss nochmals ein kleiner Kostenvergleich: Die zwei großen, angeblich so teuren Radwegausbauten in Graz, der Radweg zum LKH und die neue lange Radwegbrücke in Gösting, haben gemeinsam ähnliche Kosten (rund 1,4 Mio. Euro) verursacht, wie zwei Autolängen (10 m!) Südgürtel oder der öffentlich Zuschuss zum ÖV für rund 1 Woche. Allein durch diesen Vergleich wird offensichtlich, dass der Ausbau von Fuß- und Radwegen innerstädtisch die sinnvollste Mobilitätsförderung ist.

2.2. SPORT

Was Sport leistet ...

Sport ist Freizeitgestaltung und Gesundheitsförderung. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den zahlreichen Sportvereinen und Verbänden zu, indem sie Jugendliche für den Sport begeistern. Sie leisten mit viel ehrenamtlichem Engagement auch einen sehr wichtigen Beitrag zur Förderung von Integration, da sie Jugendlichen ein soziales Netzwerk bieten und sie Anerkennung und Wertschätzung erfahren lassen. Sport kann aber noch viel mehr – er fördert gerade bei Teamsportarten soziale Kompetenzen und trägt damit wesentlich zur gesellschaftlichen Entwicklung bei.

... hat höchste Priorität

Für die Grünen haben die Förderung des Breitensports und der Ausbau entsprechender Angebote, wie wir sie z.B. mit dem Neubau der Auster, dem Neubau der ASKÖ - Halle oder der Erhöhung der Jugendsportförderungen bereits umgesetzt haben, höchste Priorität. Gerade in Vereinen und Verbänden findet wichtige Arbeit für den Breitensport statt. Daher muss hier auch ein Schwerpunkt der sportpolitischen Förderung gesetzt werden. Auch Leistungs- und Spitzensport soll - in Maßen - gefördert werden, insbesondere im Jugend- und Nachwuchsbereich und beim Ausbau von geeigneten und leistbaren Trainingsstätten bzw. Sportstätten, die die Austragung von Ligaspielen (insbesondere bei Ballsportarten) und internationalen Wettkämpfen ermöglichen.

IM GRÜNEN GRAZ WIRD SPORT GEFÖRDERT

- » Unser Ziel ist die Schaffung einer Vielfalt von Sportmöglichkeiten, die gut verteilt über alle Grazer Bezirke auf kurzem Weg erreichbar sind und zudem eine Ausgewogenheit des Angebots für verschiedene Zielgruppen (junge Menschen, Frauen, ältere Menschen etc.) berücksichtigen.

SPORT - KONKRET

Schon bei Kindern und Jugendlichen müssen sportliche Aktivitäten besonders groß geschrieben werden. Dahinter stecken zum einen gesundheitliche Aspekte – nur wer sich ausreichend bewegt, beugt Zivilisationskrankheiten wie etwa Fettleibigkeit vor. Zum anderen fördert Sport die sozialen Kompetenzen. Nicht nur Kinder und Jugendliche profitieren von sportlicher Betätigung, Sport ist für alle Altersklassen eine förderungswerte Freizeitbeschäftigung, die vor allem von der Zugänglichkeit zu Sportplätzen bzw. -stätten und Trainingsangeboten abhängt.

Wir Grüne fordern:

- » die sportliche Frühförderung schon für die Kleinsten, in der die Bewegungsmotorik spielerisch erlernt und gefördert wird (Bewegungskindergärten)
- » die Schaffung der im Rahmen eines städtischen Schulausbau- und Modernisierungsprogramms nötigen Turn- und Bewegungsräume sowie die Schaffung von ausreichend Freiflächen. Zusätzlich sollte auch das Angebot an Schulsportwochen ausgebaut sowie die Zusammenarbeit der Schulen mit den jeweils ansässigen Vereinen und deren Sportangeboten verstärkt gefördert werden.
- » den Ausbau der Stunden für den Turnunterricht und auch eine spezielle Sport- und Zusatzausbildung im Zuge der Lehrendenausbildung für den Volksschulbereich, dasselbe gilt für die Nachmittagsbetreuung

- » die Beibehaltung und Ausweitung der Öffnung der Schulsportplätze außerhalb der Schulöffnungszeiten, um sie den Kindern und Jugendlichen für Sportnutzung, gerade im Sommer, zur Verfügung zu stellen
- » spezielle Angebote für Mädchen und Frauen auf den Bezirkssportplätzen z.B. öffentliche Kurse für Tennis oder Basketball
- » die Förderung von Sport für Seniorinnen und Senioren mit speziellen Angeboten, die Motorik und Bewegung altersgerecht fördern sowie Bewegungsparks mit seniorInnengerechten Sportgeräten
- » die Förderung all jener Vereine, die den Behindertensport unterstützen
- » die Finanzierung von Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer (sportlich, interkulturelle Kompetenzen, Fortbildung im Bereich geschlechtersensibler Sport, Behindertensport etc.)
- » zusätzliche Sportstätten (Schwimmbäder, Ballsporthallen, Indoor- Kletterhallen, Hallen für Trendsportarten wie z.B. Skaten), eingebettet in einen Sportstättenentwicklungsplan
- » Erhalt und Renovierung von bestehenden Sport- und Freizeiteinrichtungen (z.B. Grazer Eishalle, Liebenauer Stadion/UPC Arena, Ragnitzbad, Margarethenbad)
- » die behindertengerechte Ausstattung von neuen Sportstätten
- » einen Fokus der Sportförderung auf die Unterstützung und den Ausbau des Breitensportangebots. In den Förderrichtlinien des Landes Steiermark sollen (wie bei der Stadt auch) künftig Aspekte wie Gendgerechtigkeit berücksichtigt werden.
- » transparente Förderkriterien - Großveranstaltungen im Bereich des Spitzensport (Handball-Europameisterschaft etc.) sollen künftig ausschließlich über das Wirtschafts- und Tourismusressorts gefördert werden
- » Förderungen für Profi-Fußballvereine, wie sie insbesondere in den vergangenen Jahren über das Sportressort gewährt wurden, sollen künftig nur mehr für die Infrastruktur/Sportstätten (Trainingszentren) und die Jugendarbeit der Vereine, insbesondere für die Förderung des Mädchenfußballs gewidmet sein. Ein darüber hinausreichendes Sponsoring für Werbezecke der Stadt Graz kann über das Wirtschafts- und Tourismusressort erfolgen.
- » die Förderungen von Non-Profit-Sportveranstaltungen sowie Sportevents, die im öffentlichen Raum stattfinden, sollen an Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit (Stichwort ökologisches Veranstaltungsmanagement) gebunden sein.

3. SOLIDARISCHES GRAZ

3.1. MENSCHENRECHTE

Alle Menschen sind frei ...

Graz ist seit dem Jahr 2001 Stadt der Menschenrechte und seit 2006 Mitglied der Städtekoalition gegen Rassismus. Wir Grazer Grünen wollen im Rahmen der Regierungsbeteiligung die Menschenrechte in Politik und Beschlüssen immer berücksichtigen.

... und gleich an Würde und Rechten

Was so einfach klingt, ist in der Umsetzung eine der größten Herausforderungen in der Politik. Denn solange Rassismus salonfähig, Gewalt gegen Frauen und Kinder ein Kavaliersdelikt, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung normal, die Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten toleriert, die vielschichtigen Benachteiligungen von Frauen akzeptiert, Kinderrechte nicht geachtet, Armut als Schicksal hingenommen, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften diskriminiert, Betteln verboten und öffentlicher Raum begrenzt wird, wird es Grüne Menschenrechtspolitik brauchen, damit die Stadt Graz den Titel „Stadt der Menschenrechte“ verdient.

IM GRÜNEN GRAZ HABEN ALLE MENSCHEN DIESELBEN RECHTE

- » Wir Grüne setzen uns für eine Gesellschaft ein, die Unterschiede anerkennt, aber niemals zur Grundlage für Bevorzugung oder Benachteiligung macht. Wir wollen eine Gesellschaft der Vielfalt in Lebensbildern und der freien Meinungsäußerung.

MENSCHENRECHTSPOLITIK - KONKRET:

GERECHTES GRAZ

Die Grazer Grünen haben lange für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle gekämpft, 2012 wurde sie nun mit Unterstützung von Land und Stadt endlich realisiert. Auch wichtige, erste Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung konnten in dieser Gemeinderatsperiode umgesetzt werden. Konkrete Unterstützung für die Menschenrechtsarbeit in Graz kommt von Lisa Rücker, die Parkeinnehmungen am Menschenrechtstag sind jedes Jahr einem Menschenrechtsprojekt gewidmet.

Wir Grüne fordern:

- » die Absicherung des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz und die konsequente Umsetzung seiner Empfehlungen
- » die jährliche Evaluierung der Menschenrechtssituation in Graz
- » die Öffnung des Trauungssaales für gleichgeschlechtliche Paare
- » die Abschaffung des Bettelverbotes
- » die Fortführung und den Ausbau der Initiativen zur Beseitigung der Diskriminierung
- » die Stärkung und den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle, um die anonyme und kostenlose Beratung bei Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, Behinderung oder des Glaubensbekenntnisses durch die Stadtverwaltung, am Woh-

nungs- oder Arbeitsmarkt, in Schulen, der Gastronomie oder sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen zu stärken

- » die Sicherstellung von unabhängigen und weisungsfreien Vertretungen spezifischer Bevölkerungsgruppen (Frauenbeauftragte, MigrantInnenbeirat, Behindertenbeauftragte/r, Kinder- und Jugendvertretung)

Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges, selbstbestimmtes Leben, das Recht auf Arbeit und faire Entlohnung, Teilhabe an öffentlichen Leistungen, Teilhabe und Teilnahme an Kunst und Kultur, an Freizeiteinrichtungen, an der Nutzung des öffentlichen Raumes, auf medizinische Versorgung und Unterstützung in Notlagen.

Die Umsetzung der Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention muss verstärkt in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger gelangen. Das Recht der Kinder auf Schutz vor Gewalt umfasst alle Formen des Schutzes vor körperlicher oder struktureller Gewalt, aber auch vor Zwangsverheiratung. Schlussendlich wird es eine Herausforderung sein, das Recht der Kinder auf Gesundheit im Zusammenhang mit Maßnahmen im Bereich der Umwelt, wie der Reduktion von Feinstaub, zu begreifen und umzusetzen.

Wir Grüne wollen:

- » die Anliegen und Bedürfnisse unserer jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger mit denken
- » bei allen Formen der Beteiligung und Stadtentwicklung die Rechte von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen

Frauenrechte sind Menschenrechte. Menschenrechte sind so zu interpretieren, dass sie den Lebenssituationen von Frauen gerecht werden. Da den Frauen, ihren Rechten, Forderungen und Anliegen ein eigenes Kapitel gewidmet ist, wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Sexuelle Orientierung und soziales Geschlecht sind als grundlegendes Menschenrecht zu respektieren.

Wir Grüne wollen:

- » verstärkte Aufklärung bzw. Thematisierung in Schulen und Kindergärten forcieren
- » Unterrichtsmaterialien der gesellschaftlichen Realität anpassen
- » Antidiskriminierungsstellen und NGO´s, die sich mit den Bereichen Transgender, Bi- und Homosexualität beschäftigen und Unterstützung und Beratung anbieten, ausreichend mit öffentlichen Budget unterstützen
- » auch auf lokaler Ebene Aufklärung für die Ehe für alle und das Adoptionsrecht betreiben
- » Homophobie und Transphobie entschieden bekämpfen

GLEICHSTELLUNG - KONKRET

GLEICHSTELLUNG IN VERWALTUNG, WIRTSCHAFT, POLITIK UND IM ÖFFENTLICHEN LEBEN:

Die Gleichstellung von Frauen und Männern hat bedeutenden Einfluss auf das Wohlbefinden und die wirtschaftliche Entwicklung einer Organisation, eines Landes, einer Stadt. Ein wichtiger Schritt wurde in dieser Gemeinderatsperiode in der Stadt Graz gesetzt. Graz ist durch die Grünen die erste Stadt, die eine verpflichtende Geschlechterquote (mind. 40 Prozent Frauen) für alle Aufsichtsräte der städtischen Betriebe eingeführt hat.

Wir Grüne wollen:

- » die Umsetzung der detaillierten Maßnahmen aus der Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (siehe Kapitel Frauen)
- » Maßnahmen zur Beseitigung der Einkommensschere zwischen Männer und Frauen
- » die Fortführung und Intensivierung von Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und der städtischen Tochtergesellschaften zu Gleichstellungszielen und -strategien
- » Maßnahmen zur Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und ihrer Beteiligungen
- » die bestehenden Gleichstellungsmaßnahmen in Stadt- und Tochtergesellschaften weiterhin – auch finanziell und personell – absichern und ausbauen
- » die Koppelung von Geschäftsführungsprämien in städtischen Beteiligungsgesellschaften an die Erreichung von Gleichstellungszielen
- » Gleichstellungsnachweise im „Haus Graz“ (Magistrat und Tochtergesellschaften der Stadt): eine verpflichtende Aufnahme von gleichstellungspolitischen Jahreszielen und Kennzahlen in die wirtschaftliche Gebarung von Magistrat und Tochtergesellschaften, um Fortschritte und Wirksamkeit der Gleichstellungsmaßnahmen seriös überprüfen zu können

3.2. MIGRATION UND INTEGRATION

Eine Stadt der Vielfalt ...

Graz ist eine Zuwanderungsstadt, jedeR vierte GrazerIn hat einen Migrationshintergrund. Ohne die Innovationen der Zuwanderer und Zuwandererinnen z.B. in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft oder Wirtschaft, wäre Graz nicht die prosperierende Stadt, die sie heute ist. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Erfahrungen sind Potenziale, die noch viel stärker als bisher genutzt werden müssen.

... braucht eine zukunftsorientierte Integrationspolitik

Wir Grüne verfolgen die Inklusion aller Gesellschaftsgruppen, die aufgrund ihrer sozialen Situation und ihrer Bildungssituation benachteiligt sind.

Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik heißt für uns Grüne, alle Neuankommenden in dieser Stadt willkommen zu heißen und Strukturen zu schaffen, die es allen Menschen in Graz ermöglichen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zu nutzen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung und alle Einrichtungen in unserer Stadt sich den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft stellen und ihre Angebote und Leistungen entsprechend entwickeln.

IM GRÜNEN GRAZ KÖNNEN ALLE MENSCHEN EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN FÜHREN.

- » Graz braucht eine aktive Politik auf der Grundlage von sozialen und demokratischen Rechten und insbesondere auf der Grundlage der Menschenrechte. Damit dies möglich ist, braucht es eine komplette Neugestaltung der derzeit sehr restriktiven rechtlichen Bestimmungen. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in Graz respektvoll zusammenleben, eine gemeinsame Sprache sprechen können, gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilnehmen und unabhängig von ihrer Herkunft, Zugang zu den Leistungen der Stadt und zur Mitbestimmung haben.

MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK - KONKRET

Viele Jahre hat Integrationspolitik in der Stadt Graz praktisch nicht stattgefunden, unter Grüner Regierungsbeteiligung ist endlich Bewegung entstanden. Das städtische Budget für Integration wurde mehr als verdreifacht und in den Kindergärten stehen nun muttersprachliche Betreuerinnen und Betreuer für die Sprachförderung zur Verfügung. Mit dem Welcome-Paket werden seit 2011 alle neu nach Graz zuziehenden Bürger und Bürgerinnen willkommen geheißen und mit umfassenden und mehrsprachigen Infos versorgt.

GLEICHE CHANCEN BEI BILDUNG UND ARBEIT

Damit alle Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zu Bildung und Arbeit erhalten und ein selbstbestimmtes Leben führen können, muss sich eine zukunftsweisende Integrationspolitik folgenden Zielen verschreiben:

- » dem Ausbau von leistbaren Deutschkursen, die auf den individuellen Bedarf abgestimmt sind
- » der raschen Anerkennung von Qualifikationen, die Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen sowie ein zentrales Kompetenzzentrum für diese Aufgabe
- » den Ausbau von adäquaten beruflichen Aus- und Weiterbildungsprogrammen

- » der Bereitstellung von Freiplätzen und Bildungsschecks für Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Erwachsenenbildung
- » der Auszeichnung für Betriebe, die Chancengleichheit fördern
- » Mentorinnen- und Mentorenprogramme in Betrieben für Beschäftigte mit Migrationshintergrund
- » der Beratung und Wirtschaftsförderung für migrantische UnternehmerInnen durch die Stadt
- » dem Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerberinnen und Asylwerber
- » Qualifizierungsprojekten für Asylwerberinnen und Asylwerber, insbesondere für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge

OFFENE STADT

Die Zusammensetzung der Stadtverwaltung muss die Bevölkerungsstruktur in Graz widerspiegeln. Daher setzen wir uns dafür ein, dass im Magistrat und in den städtischen Betrieben, Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen verstärkt aufgenommen werden.

Das heißt für uns Grüne:

- » eine verstärkte Aufnahme von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund
- » der Einsatz von geschulten Dolmetscherinnen und Dolmetschern, mehrsprachiges Informationsmaterial in allen städtischen Abteilungen, interkulturelle Trainings für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere für Führungskräfte sowie Vernetzung und Kooperation mit NGOs und Selbstorganisationen
- » die interkulturelle Öffnung aller sozialen Dienste in Graz, vor allem in den Bereichen Jugendwohlfahrt, Gesundheit, SeniorInnen und Pflege

LEBENDIGE STADTEILE

Die Grazer Stadtteile brauchen zum Erhalt bzw. zur Förderung von Lebendigkeit und Diversität:

- » Die Infrastruktur (Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Grünflächen, Spiel- und Sportplätze, Bibliotheken etc.) muss vorrangig in jenen Grazer Stadtteilen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohnern verbessert werden.
- » weiterer Ausbau von kultursensibler Stadtteil- und Siedlungsarbeit
- » Berücksichtigung von Diversitätsaspekten bei allen städtischen Planungen
- » Sichtbarmachung von Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum, beispielsweise durch mehrsprachige Beschilderung der städtischen Einrichtungen

ANTIRASSISTISCHE ARBEIT

Niemand soll sich rassistischen Äußerungen aussetzen müssen oder auf subtilere Weise diskriminiert werden.

- » Wir Grüne setzen im Kampf gegen Diskriminierung auf:
- » Sicherung und Ausbau der Antidiskriminierungsstelle
- » eine konsequente Verfolgung und Sanktionierung von Rassismus
- » öffentliche Kampagnen der Stadt gegen Rassismus und Diskriminierung

- » strengere Sanktionen bei Diskriminierung am Arbeitsplatz

DEMOKRATIE

Jeder Grazer und jede Grazerin soll die Möglichkeit haben, in Graz mitbestimmen zu können, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Wir Grüne fordern:

- » ein kommunales Wahlrecht für alle zugewanderten Grazerinnen und Grazer nach drei Jahren Aufenthalt

RELIGION UND BEKENNTNISFREIE

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Religionsausübung.

Wir Grüne:

- » unterstützen das Recht auf Errichtung von Räumen zur Religionsausübung, wie beispielsweise den geplanten Bau der beiden Moscheen in Graz
- » wollen die Bekämpfung der Diskriminierung von Bekenntnisfreien in der Arbeitswelt

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Grüne Flüchtlingspolitik setzt auf:

- » menschenrechtskonforme Asylverfahren
- » eine menschenrechtswürdige Unterbringung und qualitativ hochwertige Betreuung von Asylwerberinnen und Asylwerbern
- » ein Bleiberecht für Asylwerberinnen und Asylwerber, die länger als drei Jahre in Österreich sind
- » die Übernahme der Obsorge von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen durch das Jugendamt

EINWANDERUNGSPOLITIK

Forderungen der Grazer Grünen für eine faire Einwanderungspolitik:

- » die Möglichkeit der Einbürgerung nach fünf Jahren Aufenthalt sowie eine deutliche Reduktion der Kosten für die Staatsbürgerschaft
- » anstelle von Staatsbürgerschaftstests Info-Veranstaltungen zu relevanten Themen
- » die Erleichterung der Familienzusammenführung, insbesondere die Abschaffung der Deutschprüfung im Herkunftsland

SERVICE UND ANGEBOTE

Wir Grüne wollen:

- » mehrjährige Förderverträge der Stadt für NGOs, die in den Bereichen Beratung, Qualifizierung und Gesundheit für Menschen mit Migrationshintergrund tätig sind
- » die Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, die aufsuchend und präventiv arbeiten

3.3. SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Vermögen ist ungerecht verteilt ...

Vermögen ist in Österreich höchst ungerecht verteilt - die 10 Prozent der Reichsten besitzen mehr als doppelt so viel wie alle anderen zusammen. Seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise dreht sich die Spirale der Ungerechtigkeit und Ungleichheit rasant weiter, Arbeitslosigkeit und Armut steigen deutlich an, auch in Graz. 20.000 Grazer und Grazerinnen sind arm, 40.000 Menschen sind darüber hinaus in unserer Stadt von Armut bedroht. Die Mindestsicherung in ihrer derzeitigen Form ist jedenfalls nicht geeignet, um Armut nachhaltig zu verhindern.

Finanziell benachteiligte Menschen sind öfter mit gesundheitlichen Problemen konfrontiert als Menschen, die finanziell und sozial abgesichert sind. Wer arm ist, kann es sich meist gar nicht leisten krank zu sein. Viel zu wenig Geld wird nach wie vor für soziale Sicherheit und Gesundheitsförderung ausgegeben.

... doch sollte das nie über Gesundheit entscheiden

Armut hat viele Gesichter – die Alleinerzieherin, die nicht weiß, ob sie sich mit ihrem Teilzeiteinkommen die Winterschuhe für ihre beiden Kinder leisten kann; die Pensionistin, die ihre Wohnung nicht mehr ausreichend heizen kann; der 50-jährige, der gekündigt wurde und keinen neuen Job mehr findet; die Familie, die sich die Kautions für eine neue Wohnung nicht leisten kann.

DAS GRÜNE GRAZ SETZT AUF SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die wichtigste Voraussetzung für ein menschenwürdiges und gutes Leben ist soziale Sicherheit. Grüne Politik steht daher für den konsequenten Einsatz für Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit.

SOZIAL GERECHTES GRAZ- KONKRET

Die Einführung einer Sozialcard, die Menschen mit geringem Einkommen eine Jahreskarte der Grazer Linien um 50 € sichert, die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit, die Ausweitung der mobilen Sozialarbeit und die Absicherung von sieben Stadtteilprojekten sind die sozialpolitische Handschrift der Grazer Grünen.

Wir Grüne stehen für:

- » eine städtische Beschäftigungsgesellschaft, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen, insbesondere Jugendlichen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualifizierung anbietet (Ausbau des 3. Arbeitsmarktes)
- » den Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung bei der Stadt Graz und allen städtischen Gesellschaften
- » die Einrichtung einer Sozialanwaltschaft, die Menschen den Weg durch den Behördenschwung erleichtert und ihnen zu ihren Rechten verhilft
- » eine faire Entlohnung von Erwerbsarbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn
- » eine völlige Neugestaltung der Mindestsicherung, die den Bezieherinnen und Beziehern ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben ermöglicht

LEISTBARER WOHNRAUM

Wohnen wird in Graz immer teurer, hohe Maklerprovisionen und Kauttionen tun ein Übriges dazu, dass für viele eine ausreichend große Wohnung nicht mehr erschwinglich ist. Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren 500 neue Gemeindewohnungen geplant und gebaut wurden. Dieser Kurs muss fortgesetzt und sozialer Wohnbau – verteilt über die ganze Stadt – forciert werden.

Wir Grüne fordern:

- » 500 neue Gemeindewohnungen in der nächsten Gemeinderatsperiode
- » die Schaffung ausreichend barrierefreier Gemeinde- und Übertragungswohnungen
- » die Besteuerung von leerstehenden Wohnungen, um zu verhindern, dass wertvoller Wohnraum durch private Spekulationen über lange Zeit ungenutzt bleibt. Diese Maßnahme erleichtert auch Jungunternehmern und Jungunternehmerinnen die Suche nach leistbaren Geschäftsräumen.
- » die umweltbewusste Sanierung von bestehenden Gemeindewohnungen sowie die Forcierung von Lifteinbauten im Gemeindebau im Sinne der Barrierefreiheit
- » die Zweckbindung der Wohnbauförderung
- » die Senkung der Richtwertmieten in der Steiermark
- » eine gesetzliche Reduzierung der Maklerprovisionen
- » die Verpflichtung privater Bauträger und Wohnbaugenossenschaften, sich bei Maßnahmen zur Delogierungsprävention, bei Angeboten der Konfliktvermittlung und der Einzugsbegleitung aktiv zu beteiligen
- » die Entwicklung eines Frühwarnsystems durch die Stadt in Kooperation mit der Energie Graz, um akute Stromabschaltungen für die Betroffenen zu vermeiden

REICHES GRAZ – ARMES GRAZ

Armut und soziale Ausgrenzung nehmen in einzelnen Bezirken von Graz zu. Die Stadt darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen und die soziale Entwicklung muss daher ein zentrales Thema der Stadtplanung werden.

Wir Grüne wollen:

- » die Ausstattung jener Bezirke, in denen viele Menschen mit wenig Einkommen leben, mit einer besonders guten Infrastruktur – bei Schulen, Kindergärten, Parks, Spielplätzen, Bibliotheken etc.
- » die Fortsetzung des Ausbaus der Gemeinwesenarbeit, um bei sozialen Konflikten in der Nachbarschaft zu vermitteln und die Selbsthilfepotenziale der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken
- » die Verbesserung der Kooperation von Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt und Schulamt
- » die Erstellung regelmäßiger Armuts- und Reichtumsberichte für Graz
- » die Einführung qualitätsvoller und leistbarer Unterstützungsangebote für Menschen mit Betreuungspflichten (Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege, Pflege von Menschen mit Behinderung) in allen Grazer Bezirken

ZUGANG ZU ALLEN ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN

Ein Leben in sozialer Sicherheit und in Würde ist nicht nur abhängig vom Einkommen oder der Wohnungssituation. Auch der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung, zu Bildung und Kultur sind dafür wesentlich.

Wir Grüne wollen

- » die Ausweitung der Sozial-Card auf neue Bezieherinnen- und Bezieherkreise (Studierende, Asylwerberinnen und Asylwerber) und den Ausbau der darin inkludierten Leistungen (z.B. günstigerer Zugang zu Freizeit- und Sporteinrichtungen, insbesondere zu den Grazer Bädern)
- » die Ausweitung des Projektes „Hunger auf Kunst und Kultur“ auf den Bereich der Erwachsenenbildung
- » den Ausbau von Beteiligungsprojekten, Stadtteilarbeit und Beratungsangeboten

STÄDTISCHE GESUNDHEITSPOLITIK - KONKRET

WIR SETZEN AUF PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Längst ist bekannt, dass die Lebenssituation von Menschen ganz unmittelbar Einfluss auf ihre Gesundheit hat. Armut macht krank und auch schlechte Luft oder Verkehrslärm belasten die Gesundheit sehr stark. Trotzdem werden noch immer fast alle Ressourcen in die Behandlung von Krankheiten gesteckt, für Gesundheitsförderung und bessere Umweltbedingungen werden hingegen viel zu wenig Mittel aufgewendet. Städtische Gesundheitspolitik muss vor allem im Präventionsbereich ansetzen.

Eine Grüne städtische Gesundheitspolitik bedeutet:

- » den Ausbau städtischer Erholungsbereiche, wie Parks, Gemeinschaftsgärten, Freizeit- und Sportanlagen
- » die Einrichtung integrativer sozialmedizinischer Zentren in jedem Bezirk
- » die Ausweitung des Projekts „Gesunde Bezirke“ auf alle sozial und ökonomisch benachteiligten Bezirke
- » die Einrichtung des Drogenkonsumraums
- » die Schaffung einer städtischen Gesundheitskoordinationsstelle
- » die Einführung von gesundheitsbezogenem Informationsmaterial nach den Erfordernissen unterschiedlicher Gruppen (Kinder, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Migrationshintergrund)
- » die Förderung und langfristige Absicherung von Sozial-, Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen wie z.B. die Aidshilfe, durch die Stadt
- » den Ausbau von Patientinnen- und Patientenrechten
- » die Installierung eines Beratungs- und Präventionsangebots im Bereich Spielsucht
- » den Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung bei der Stadt Graz und ihrer Gesellschaften

GESUNDE ERNÄHRUNG – KONKRET

REGIONAL, GENTECHNIKFREI UND BIO: LOGISCH!

Essen und Trinken sind ein zentrales Thema, wenn es um das gesunde Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen geht, um Fitness und Wohlbefinden von Erwachsenen und um die Vitalität im Alter. Eine ausgewogene Ernährung wirkt sich positiv auf die körperliche und seelische Gesundheit aus und schützt vor Mangel- und Fehlernährung. Ein zumindest teilweiser Verzicht auf Fleisch und der Kauf von regionalen und gentechnikfreien Produkten vermindert nicht nur unnötiges Tierleid durch Massentierhaltung, sondern trägt durch die Reduktion von Treibhausgasen ganz wesentlich zum Klimaschutz bei. Ob man sich gesund ernährt, darf nicht vom sozialen Status oder mangelnder Information zu leistbaren Bio-Lebensmitteln abhängen.

Daher fordern wir Grüne:

- » die Schaffung weiterer Bauernmärkte in Graz
- » die Einführung eines verpflichtenden Anteils von Biobauern-Ständen auf allen Grazer Bauernmärkten
- » die Umsetzung des Veggie-Days (ein Mal fleischlos essen pro Woche) durch die Stadt Graz in ihren Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Horten etc.) sowie die aktive Bewerbung des Veggie-Days bei Grazer Restaurants, Betriebskantinen und großen Einrichtungen wie z.B. den Universitäten
- » die kontinuierliche Erhöhung des derzeitigen 30-Prozent-Anteils an Bio-Lebensmitteln in der Grazer Zentralküche
- » die Umstellung der, durch die Stadt Graz gesponserten Buffets auf ausschließlich biologische Produkte aus der Region
- » die Förderung der „gesunden Jause“ in den Grazer Schulen
- » die Fortsetzung und den Ausbau des Projekts „Fair-Trade-Stadt Graz“
- » die Fortsetzung und den Ausbau des Projekts „Gentechnikfreie Zone Graz“
- » die Einführung von Gesundheits- bzw. ErnährungsberaterInnen (health coaches) im Gesundheitsamt. Sie sind Ansprech- und KooperationspartnerInnen in Ernährungsfragen für Kindertageseinrichtungen, Schulen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Vereine, Krankenhäuser und Pflegeheime. Angeboten werden Vorträge zu Ernährungsthemen, Schulungen von MultiplikatorInnen wie Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, medizinisches Personal, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Communities von Migrantinnen und Migranten. Das Angebot sollte neben Information und Beratung auch Weitervermittlung und Vernetzung beinhalten.

3.4. ERWERBSARBEIT

Gerechtere Verteilung von Arbeit...

Wir Grüne bekennen uns zu einer möglichst gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit auf all jene, die sich am Arbeitsprozess beteiligen möchten. Wie in vielen anderen Bereichen auch werden die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt auf Bundesebene festgelegt. Trotzdem ist auch die Stadt Graz als Arbeitgeberin, als Auftraggeberin und als Trägerin der Sozialpolitik gefordert.

... gegen Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist die teuerste und unsinnigste Form der Arbeitszeitverkürzung – trotzdem ist Graz von einer über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit betroffen. Auch die Zunahme der prekären Arbeitsverhältnisse und der sogenannten „Working Poor“ ist alarmierend. Die hohe Betroffenheit von jungen, oft sehr gut ausgebildeten Menschen, sollte auch die Verantwortlichen in Graz endlich wachrütteln.

DAS GRÜNE GRAZ SETZT AUF GERECHTE ARBEITSVERHÄLTNISSE

- » Kommunale Beschäftigungspolitik ist mehr als das Abschieben der Verantwortung an das Arbeitmarktservice (AMS), sie verlangt eine aktive Gestaltung und Steuerung durch langfristige Planung in verschiedensten Politikbereichen.

KOMMUNALE ARBEITSMARKTPOLITIK - KONKRET

Wir Grüne fordern:

- » die Gründung einer stadteigenen Beschäftigungsgesellschaft für Jugendliche, mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten, die sich nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der jungen Menschen richtet
- » die Förderung der Qualifizierung und Ausbildung von Frauen und Mädchen auch in nicht traditionellen Bereichen (z.B. durch Zugangshilfen zu technischen Schulen)
- » die Sicherung und Schaffung zusätzlicher Lehrstellen und Lehrwerkstätten
- » die langfristige vertragliche Absicherung von Vereinen im Bereich Beschäftigung und Qualifizierung
- » Maßnahmen und Anreize für menschenwürdige Arbeitszeiten, die eine Zerstückelung von Arbeits- und Freizeit minimieren und Nachtarbeit nur bei gesellschaftlicher Notwendigkeit vorsehen
- » vermehrte Investitionen der öffentlichen Hand in den Bereichen Ökologie und Klimaschutz zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze
- » die Unterstützung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsfelder in den Bereichen Umwelt, Soziales, Gesundheit, erneuerbare Energien, Wissenschaft, Forschung und Kultur

4. DEMOKRATISCHES GRAZ

4.1. ÖFFENTLICHER RAUM

Eine Stadt...

Tagtäglich bewegen wir uns im öffentlichen Raum und egal ob in der Straßenbahn, am Radweg, in der Fußgängerzone oder im Park: der öffentliche Raum wird vielfältig genutzt und zwar von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und Bedürfnissen. Diese Vielfalt, die uns täglich in der Stadt begegnet, prägt unser Bild von Graz und fördert das Miteinander. Dass die Nutzung des öffentlichen Raums auch konfliktreich sein kann, wenn unterschiedliche Interessen aufeinander treffen, liegt auf der Hand. In den letzten zehn Jahren hat sich in der Grazer Stadtregierung eine Kultur des SpießbürgerInnenstums etabliert, die nicht an konstruktiven Lösungen für Interessenskonflikte (z.B. Grundrecht auf Betteln vs. Interessen der Geschäftstreibenden und des Tourismus, Ruhebedürfnis von Anrainerinnen und Anrainern vs. Ausgehmeile etc.) im öffentlichen Raum arbeiten will.

...für Alle!

Anstatt mit uns Grünen über jene Orte und deren Möglichkeiten zur Gestaltung und Nutzung (nicht jeder Grazer Platz, Park oder jede Straße lässt sich gleich flexibel nutzen) zu reden, werden bestimmte gesellschaftliche Gruppen aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt. So wurde erst diesen Sommer die Straßenmusikverordnung derart verschärft, dass es nahezu unmöglich ist, legal im öffentlichen Raum zu musizieren. Unter dem Deckmantel des Lärmschutzes ist Straßenmusik nun de facto verboten, die großen und lauten Events in der Innenstadt finden jedoch weiterhin ohne Einschränkung statt. Event- und Konsumkultur ersetzen zunehmend die Vielfalt und Kreativität auf den Grazer Straßen und Plätzen.

DAS GRÜNEN GRAZ IST EIN ÖFFENTLICHER RAUM

» Öffentlicher Raum soll und muss in erster Linie für alle Menschen, die sich in ihm bewegen, da sein.

GRÜNE SICHERHEITSPOLITIK- KONKRET

Wir Grüne erteilen all jenen, die den Zugang zum öffentlichen Raum mit immer neuen Regelungen (Alkoholverbote, Videoüberwachung, Einschränkung der Straßenmusik, Bettelverbot, Handygebot in der Straßenbahn) einschränken wollen und damit einzelne gesellschaftliche Gruppen (Punks, Obdachlose, Suchtkranke, Bettler und Bettlerinnen etc.) diskriminieren, eine klare Absage. Unsere persönliche Freiheit und Sicherheit muss geschützt werden, ohne demokratische Rechte einzuschränken. Gemeinsam die Zivilcourage fördern und Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen, schützt uns mehr als Verbote und Videoüberwachung.

Menschen aus der Grazer Innenstadt oder aus dem Stadtpark zu vertreiben, nur weil sie nicht in das Bild der „sauberen“ Stadt passen, ist nicht nur unmenschlich und diskriminierend, sondern löst zudem auch nicht die Probleme jener, die den öffentlichen Raum aus bestimmten Gründen (wie z.B. zum Betteln) nutzen. Damit Graz zusammen wächst und keine Grenzen gezogen werden - dafür setzen wir uns ein!

ZUSAMMEN SIND WIR STARK!

Die Lebensqualität einer Stadt zeichnet sich ganz wesentlich dadurch aus, ob öffentlicher Raum bzw. Grünraum tatsächlich für alle öffentlich und einladend gestaltet ist, oder ob er lediglich dazu dienen soll, Konsumentinnen und Konsumenten auf ihrem Weg von A nach B zu befördern, oder als saubere, hübsche Fotokulisse für Touristinnen und Touristen zur Verfügung zu stehen.

Wir Grüne stehen für:

- » die Gestaltung öffentlicher Flächen, wie z.B. Straßen, Parks, Spielplätze, aber auch Schulen, Kindergärten und andere öffentliche Einrichtungen, die die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer (adäquate Spielmöglichkeiten für Kinder, ausreichend Bänke zum Verweilen, Barrierefreiheit..) berücksichtigt. Dabei sollen die Grazerinnen und Grazer mit verschiedenen Formen von BürgerInnenbeteiligung in die Gestaltung einbezogen werden.
- » Möglichkeiten zur Nutzung des öffentlichen Grünraums für Sport, Urban Gardening und andere Freizeitaktivitäten wie z.B. Grillen (siehe die Kapitel „Öffentlicher Raum“ und „Stadtplanung“)
- » klare Nutzungskonzepte für die Grazer Plätze, um die zunehmende Eventisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums hinten zu halten
- » autonome, selbstverwaltete Kulturzentren ohne Konsumzwang, die den Grazerinnen und Grazern seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden
- » gezielte Maßnahmen zur Förderung der Zivilcourage (z.B. Zivilcourage-Workshops in Schulen, Sportvereinen und Betrieben, Förderung von Nachbarschaftshilfe)
- » Abschaffung der Ordnungswache und Stärkung von Stadtteilarbeit und mobiler Sozialarbeit
- » ein „Nein“ zur Videoüberwachung in den Grazer Öffis und im öffentlichen Raum
- » Schluss mit der menschenfeindlichen ÖVP-Verbotspolitik! Rücknahme der bereits existierenden Alkoholverbotzonen, des Handygebots, des Bettelverbots und der neuen Straßenmusikverordnung

4.2. DIREKTE DEMOKRATIE UND BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Gelebte Demokratie...

Graz ist eine lebendige Stadt: ob im Verkehr, in der Stadtplanung oder bei anderen wichtigen Themenbereichen, es entscheiden Gemeinderat und Stadtregierung über wesentliche Projekte, die uns letztlich alle betreffen! Sinkende Wahlbeteiligungen und der Ärger über Korruption und Lobbypolitik vieler Parteien, sind auch in Graz unmissverständliche Warnsignale dafür, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Politik zunehmend verloren hat. Mehr Mitbestimmung und die Einbeziehung der Menschen in politische Entscheidungen, sollen die Lust an der Demokratie revitalisieren und Menschen und Politik wieder zusammenführen.

...nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

Grüne Politik versteht sich schon immer als gelebte Demokratie. Die Einbeziehung der Menschen in Veränderungs- und Gestaltungsprozesse, die sie unmittelbar betreffen, ist handlungsanleitend für alle Bereiche, in denen Grüne Regierungsverantwortung haben. Bei Projekten wie der Annenstraße, der Umsetzung des ersten Grazer Wohnstraßenquadranten, der Entwicklung des Shared Space oder der Neugestaltung der Reitschulgasse konnten wir das in Graz unter Beweis stellen.

IM GRÜNEN GRAZ REDEN DIE BÜRGERINNEN MIT

- » Graz hat das Privileg auf einer intensiv und lang gelebten Kultur der BürgerInnenbeteiligung aufzubauen. Wir sehen es als Aufgabe der Politik, diese Kultur in allen Bereichen der Stadt zu pflegen und als festen Bestandteil der Stadtentwicklung zu etablieren.

DIREKTE DEMOKRATIE UND BÜRGERINNENBETEILIGUNG - KONKRET

DIREKTE DEMOKRATIE

Die Grazer Grünen verstehen unter direkter Demokratie die Entscheidung richtungsweisender Projekte durch die Bevölkerung. Wir unterstützen Modelle der direkten Demokratie unter folgenden Voraussetzungen:

- » seriöse, umfassende, rechtzeitige und objektive Information der Bevölkerung
- » eindeutige Fragestellungen und Abfrage von Varianten
- » Garantie des Datenschutzes
- » Abfrage ausschließlich von Themen, die auch auf Gemeindeebene umgesetzt werden können
- » keine Abfrage von Themen, die Minderheitenrechte, Menschenrechte oder Grundrechte zum Inhalt haben
- » Wir Grüne stehen jedoch auch klar für die Verantwortung der regierenden Parteien, grundlegende Entscheidungen, die von Bedeutung für das Gemeinwohl sind, eigenverantwortlich zu treffen und nicht auf die Bevölkerung abzuwälzen. Entscheidungsschwäche oder politisch-strategisches Kalkül als Grundlage für einen Volksentscheid, sind für uns ein Missbrauch direkter Demokratie.

BÜRGERINNENBETEILIGUNG

BürgerInnenbeteiligung bedeutet für uns Grüne die Miteinbeziehung von Menschen in Gestaltungs- und Veränderungsprozesse in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Durch transparente Verfahrensabläufe und die Möglichkeit, Wünsche und Anregungen in Planungsprozesse einzubringen, steigen Akzeptanz und Tragfähigkeit von Veränderungen.

Für eine seriöse Einbindung aller Grazerinnen und Grazer in die Entwicklung ihrer Stadt fordern wir Grüne:

- » verpflichtende und standardisierte Beteiligungsverfahren bei allen wichtigen Projekten der Stadt, insbesondere in der Stadtplanung, der Grünraumplanung und der Verkehrsplanung
- » Budgetierung von Beteiligungsverfahren als festen Bestandteil von Projektgenehmigungen
- » vielfältige Beteiligungsverfahren, die alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigen (Kinder, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren etc.)
- » Einrichtung von Internet-Plattformen und Portalen zur Mitdiskussion und Mitgestaltung von städtischen Projekten sowie Stadtteil- und Bezirksprojekten
- » Schaffung von öffentlich zugänglichen Internet-Terminals für jene Grazerinnen und Grazer, die weder Computer noch Internet haben, damit auch sie sich an Online-Demokratie beteiligen können
- » Weiterführung des Grazer Beteiligungsprojekts „BürgerInnenbeirat der Stadt Graz“, des Grazer Kinderparlaments sowie des Jugend-Beteiligungsprojekts „PRO ACT“
- » Einführung von Formen der direkten Demokratie (wie z.B. „Liquid Feedback“) bei Projekten der Stadt Graz

DEMOKRATIE VOR ORT

Die Grazer Bezirksrätinnen und -räte sind oftmals die ersten AnsprechpartnerInnen für Anliegen aus der Grazer Bevölkerung und gleichzeitig sorgen sie auch dafür, dass wichtige Projekte, Wünsche und offene Fragen bei der Grazer Stadtregierung und in der städtischen Verwaltung ankommen und bearbeitet werden können. Verbesserte Arbeitsbedingungen für die Bezirksrätinnen und -räte, moderne Servicestellen für die Bevölkerung, sowie eine transparentere Vorgehensweise mit Anträgen aus den Bezirksräten konnten wir in den letzten Jahren bereits erfolgreich umsetzen. Dennoch gibt es noch einiges zu tun, um die Grazer Bezirkspolitik aufzuwerten!

- » Ausbau der Vernetzung und Kooperation zwischen Bezirksrat, Gemeinderat und Stadtsenat
- » schnellere Bearbeitung und Umsetzung der Anliegen aus den Bezirken
- » Verdoppelung der Bezirksratsbudgets für Projekte vor Ort (zwei Euro pro BezirksbewohnerIn)
- » Ausweitung der Bezirksratskompetenzen (z.B. bei Baumpflanzungen, bei der Aufstellung von Sitzbänken und Trinkbrunnen, bei der Gestaltung von Spielplätzen, bei der Anbringung von Verkehrsspielen etc.) und damit einhergehend eine ausreichende Budgetierung
- » stärkere Einbindung der Bezirksräte und -rätinnen bei Bürgerbeteiligungsprojekten der Stadt Graz

5. INNOVATIVES GRAZ

5.1. STADTPLANUNG

Strategische Stadtplanung ...

Wie jede dynamische Stadt ändert sich Graz: Es wächst, alte Nutzungen verschwinden oder verändern sich, neue Nutzungen, Betriebe, Siedlungen kommen hinzu – ganze Stadtviertel wandeln ihren Charakter. Eine geschickte Stadtplanung und Stadtentwicklung steuert dies, setzt Impulse und nutzt die vielfältigen Chancen, die sich ergeben. Geschieht dies nicht, wuchert die Stadtentwicklung unkontrolliert und es ergeben sich diverse Konflikte, Überlastungen (u.a. im Verkehr) und wichtige Entwicklungschancen werden für Jahrzehnte, gar Jahrhunderte, verbaut.

... zum Wohl der Grazerinnen und Grazer

Um die vielfältige Flächennutzung und die Leistungsfähigkeit der städtischen Infrastruktur zu erhalten und weiter zu entwickeln, sind intensive strategische Planungsprozesse notwendig – fachübergreifend sowohl in der Verkehrs- als auch in der Grünraumplanung.

IM GRÜNEN GRAZ STEHT DER MENSCH IM MITTELPUNKT

- » Graz gehört den Grazerinnen und Grazern, ist Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum für jedeN EinzelneN. Das bedeutet für uns Grüne und für eine strategische Stadtplanung und -entwicklung, dass das Wohl und die Lebensqualität der Bevölkerung im Vordergrund zu stehen haben. Wir Grüne treten für eine Stadtplanung ein, die Chancen nutzt und dabei die vielfältige Flächennutzung und die Leistungsfähigkeit der städtischen Infrastruktur erhält und weiterentwickelt.

GRÜNE STADTPLANUNG- KONKRET

In den letzten fünf Jahren konnten Grüne Positionen erfolgreich in die Stadtplanung der Stadt Graz eingebracht werden. So kam es etwa im neuen 4.0 Stadtentwicklungskonzept zu keinen weiteren Baulandwidmungen im Bereich des Grüngürtels, die Zahl der Baulandwidmungen an der Peripherie von Graz konnte stark reduziert werden und es wird neuerdings auch versucht, in jenen Bezirken, die ein Defizit an Frei- und Grünflächen aufweisen, Vorsorge für neue Grünflächen zu treffen. Und ganz allgemein setzt die Stadtplanung heute - ganz im Sinne der Grünen - vermehrt auf Flächenrecycling und punktuelle Verdichtung entlang gut ausgebauter Öffi-Achsen, bevorzugt in zentrumsnahen Bereichen. Auch die Freihaltung von Trassen für den öffentlichen Verkehr wird heute wieder groß geschrieben, so dass es zukünftig zu keinen Verbauungen von Trassen mehr kommen wird.

Im Bereich von Wohnbauprojekten sind Durchwegungen für den FußgängerInnen- und den Radverkehr zumindest bei größeren Bauprojekten heute Standard, ebenso die Verordnung verringerter Stellplatzzahlen und die Ausverhandlung von Mobilitätsverträgen. Die Grünraumausstattung bei den Bauprojekten hat sich verbessert und mittlerweile werden auch öffentlich zugängliche Grünbereiche bei großen Bauvorhaben mitgeplant.

DIE WACHSENDE STADT

In den nächsten fünf bis zehn Jahren wird aufgrund des Wachstums unserer Stadt die Errichtung von einigen tausend zusätzlichen Wohneinheiten erforderlich sein. Gerade große Bauvorhaben, wie die Entwicklung von Reininghaus, der Smart-City in der Waagner-Biro-Straße oder des Messequadranten, haben massive Auswirkungen auf die umliegenden Viertel und Stadtteile und letztlich auf die ganze Stadt. Sie müssen daher von Politik und Verwaltung unbedingt gut vorbereitet, begleitet und nachhaltig gestaltet werden. Alle diese Großbauvorhaben müssen unter der Prämisse einer autofreien, ökologischen, sozial ausgewogenen und nachhaltigen Stadtentwicklung verwirklicht werden und einer Entwicklung gemäß der Smart-City-Kriterien Rechnung tragen.

Grüne Stadtplanung bedeutet:

- » die Bebauung stillgelegter Industrie- und Gewerbeflächen sowie zentrumsnaher, gut erschlossener Freiflächen
- » eine verbindliche Bebauungsrichtlinien sowie die Implementierung wichtiger Elemente der Vertragsraumordnung für einzelne Areale, Grätzler und Quartiere
- » die Gewährleistung von sozialer Durchmischung, Durchlässigkeit verbauter Gebiete und rechtzeitiger Sicherung von Vorbehaltsflächen und Trassen für die benötigte Straßenbahn-, Bus-, Radweg- und KFZ-Infrastruktur
- » die Festlegung einer autofreien oder autoarmen Stadtentwicklung nach dem Muster Freiburg-Vauban, mit vorgegebenen Zielwerten für den Modal Split (Verkehrsmittelaufteilung) für jedes Viertel
- » eine ökologische Stadtplanung mit Augenmerk auf ausreichenden Grünflächen, die den Menschen für die Nutzung als Heim- und Gemeinschaftsgärten, für interkulturelles Gärtnern, für Urban Gardening und Grillplätze zur Verfügung gestellt werden können
- » die Einrichtung eines unabhängigen Gestaltungsbeirats nach Salzburger Modell, ausgestattet mit den erforderlichen Kompetenzen zur Überwachung der Einhaltung vereinbarter Richtlinien

SPEZIALFALL REININGHAUS

Auch wenn die GrazerInnen im Sommer dieses Jahres den Ankauf von Reininghaus im Zuge einer BürgerInnen-Umfrage eindeutig abgelehnt haben, wird das ehemalige Gewerbeareal Reininghaus mit Sicherheit über kurz oder lang entwickelt werden. Der Einfluss der Stadt auf die Qualität der Bebauung und der Aufschließung ist nach wie vor gegeben, wiewohl er nicht mehr so einfach durchsetzbar sein wird wie im Falle eines Ankaufes der Gründe durch die Stadt.

Der BürgerInnen-Entscheid entlässt die Stadt Graz bzw. die Stadtplanung jedenfalls nicht aus der Verantwortung, sondern steigert den Handlungsdruck auf die Stadt. Aus unserer Sicht ist so rasch als möglich mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten der Raumordnung sicherzustellen, dass eine leistbare, geordnete, ökologisch und sozial verträgliche sowie eine nachhaltige Bebauung stattfindet.

Das Ziel, eine autofreie Ökostadt Reininghaus zu entwickeln, soziale Vielfalt zu ermöglichen und aktiv zu befördern sowie entsprechend großzügige und differenzierte Frei- und Grünraumausstattung sicherzustellen, ist im Rahmenplan für Reininghaus per Gemeinderatsbeschluss zwar festgeschrieben, allerdings mit diesem Beschluss alleine noch nicht gesichert.

Es besteht die akute Gefahr, dass durch beliebige Teilverkäufe der jetzigen Besitzerin, die Aufschließungs- und Infrastrukturkosten für die Stadt Graz nur mittels größter Anstrengung zu leisten sind. In diesem Fall wird die Stadt weder den Ausbau der Straßenbahn bis zur Hummelkaserne rechtzeitig schaffen, noch werden Radwegeinfrastruktur oder Infrastruktur für Soziales und Grünraum zum Zeitpunkt der Besiedelung in ausreichendem Maße bereit stehen. Die Folge wäre ein soziales, ökologisches und ein verkehrspolitisches

Desaster im schon jetzt mit Feinstaub hochbelasteten Grazer Westen und Südwesten.

Damit Reininghaus umweltverträglich entwickelt werden kann und die Bezirke im Westen der Stadt nicht im Verkehr und damit am Feinstaub ersticken, fordern wir:

- » Die sofortige Verhängung eines Baustopps für das gesamte Reininghausgebiet, der ungeplante Teilentwicklungen verhindert und eine Gesamtentwicklung des Areals ermöglicht.
- » Die Festlegung von Aufschließungsgebieten, die verhindern, dass an allen beliebigen Ecken und Enden des Areals Bebauungen passieren. Nur so kann die Stadt es finanziell und technisch-logistisch bewältigen, die erforderliche Infrastruktur (Straßenbahn, Busse, Geh- und Radweganlagen, Schulen und Sozialinfrastruktur etc.) rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.
- » Folgende Zielvorgaben für Reininghaus durch die Stadt Graz: Autofreiheit (im Sinne der Festlegung eines Modal Split-Wertes), Parkplätze ausschließlich in Form von Sammelgaragierung, die Festlegung von Trassen für die benötigte Straßenbahn-, Bus- und übergeordneten Radweg-Infrastruktur, das Bekenntnis zum Stadtteil der kurzen Wege (z.B. keine Einkaufszentren, Nahversorger), Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Kindergärten, Horte, Schulen, Sozialeinrichtungen etc.), Zielvorgaben im Bereich Bau- und Gebäudetechnik, Energiegewinnung und -versorgung, Vorgabe der Quantitäten und Qualitäten für Frei- und Grünräume in den Quartieren, das Bekenntnis zur sozialen Durchmischung sowie zur Nutzungsvielfalt für Reininghaus (Wohnen, Arbeiten, Handel, Bildung, Freizeit, Kultur etc.).
- » Die Grün- und Freiraumqualitäten müssen aus unserer Sicht mehr leisten als bloße öffentliche Plätze und Parks festzulegen. Es braucht auch Grünflächen, die den Menschen für speziellere Interessen und Bedürfnisse zur Verfügung stehen, z.B. Heim- und Gemeinschaftsgärten, Urban Gardening, Grillplätze, Sportanlagen, Veranstaltungswiese.
- » Absicherung der Durchlässigkeit für RadfahrerInnen und FußgängerInnen im Quartier selbst sowie von (halb-)öffentlichen Bereichen im Inneren der einzelnen Quartiere
- » Implementierung eines hochkarätig besetzten ExpertInnengremiums, das – unabhängig und weisungsfrei – mit der Erstellung eines Reininghaus-Masterplans betraut wird. Der Masterplan soll den vorliegenden Rahmenplan verfeinern und als Grundlage für internationale ArchitektInnenwettbewerbe dienen.
- » Nach Durchführung der Architekturwettbewerbe wird verbindlich für jedes einzelne Quartier die Bebauungsplanung durchgeführt - immer entlang der festgelegten Aufschließungsgebiete und nicht entlang von Investorenwünschen. Besonderes Augenmerk gilt hierbei der Einhaltung der Mobilitätsziele, der ökologischen Zielvorgaben und der Freiraumziele.
- » eine Straßenbahnanbindung nach Reininghaus, noch bevor die ersten Wohnungen bezogen werden

EINBEZIEHEN DER BÜRGERINNEN

Zentrales Element einer demokratischen Stadtplanung ist die Einbeziehung der betroffenen Nutzerinnen und Nutzer rund um die zur Entwicklung anstehenden Areale, Grätzel und Quartiere. Dadurch sollen über die vorhandenen Instrumente der Raumordnung hinaus, die übergeordneten Interessen, Ideen und Bedürfnisse der Menschen Berücksichtigung finden.

Wir Grüne setzen auf:

- » die begleitende Einbindung der Betroffenen, der Bezirksratsgremien und lokaler BürgerInneninitiativen und des Kinderbüros in jeden einzelnen Projektabschnitt größerer Bauvorhaben – von der Leitlinienentwicklung und der Festlegung einer Rahmenplanung über die Erstellung der Bebauungspläne bis zu den Bauverfahren

- » die Einrichtung von Stadtteilbüros als Anlauf- und Informationsstellen
- » die aktive Förderung von Baugruppen, die ihre zukünftige Wohnform gemeinsam gestalten und planen wollen
- » alle Stadtteile sind auch unter den Aspekten soziales Wohnen und Durchmischung, Leben und Arbeiten, unterschiedliche Lebensformen und Generationen, Gesundheit, Kultur, Sport und Grünraum zu betrachten
- » Wohnen, Arbeit und Freizeit sowie kurze Distanzen zwischen diesen bestimmenden Bezugspunkten sind aufeinander abzustimmen
- » Grünräume und Parks, Freiraum-, Kultur- und Sportangebote sind als Teil der Stadtentwicklungsplanung mitzudenken
- » die Einbindung von Frauen in interdisziplinäre Stadt- und Raumplanung

(WEITER)BAUEN AN DER GEWACHSENEN STADT

Eine Binnenverdichtung in der bereits fertig gebauten, gut erschlossenen, gewachsenen Stadt wird teilweise notwendig sein. Denn Verdichtung bedeutet auch, dass das Wuchern der Peripherie und die Bebauung über die bestehenden Baulandgrenzen hinaus verhindert werden kann. Bei Projekten, die der weiteren Verdichtung etwa in den ersten sechs Stadtbezirken dienen sollen, muss der Schwerpunkt auf der Ausstattung dieser Quartiere und Grätzeln mit entsprechender Frei- und Grünraumausstattung liegen.

Wir Grüne fordern daher:

- » eine sozial und ökologisch verträgliche Verdichtung
- » Statt Einkaufszentren am Stadtrand oder außerhalb von Graz forcieren wir „die Stadt der kurzen Wege“, die mit einer qualitätsvollen Nahversorgung den Menschen in Wohnortnähe das Einkaufen ohne Auto möglich macht (ähnliches gilt für Sozial- und Bildungseinrichtungen).
- » den Schutz der bestehenden Innenhöfe und Grünräume
- » keine weitere Errichtung von kommerziell genutzten Tiefgaragen

ÖKOLOGISCHES BAUEN:

Das Wohnen in einer gesunden Umgebung hängt auch davon ab, wie in unserer Stadt gebaut wird. Die Grünen setzen sich für qualitativ hochwertige, ökologische Standards beim Wohnbau ein.

- » In den Wohnbauförderrichtlinien sind bereits weitreichende Vorschriften in Bezug auf Niedrigenergie-Bauweise und die Nutzung erneuerbarer Energien enthalten. Diese sollen zum generellen Standard werden.
- » Die Verwendung von ökologischen Baumaterialien soll verpflichtend sein und die Erkenntnisse der Baubiologie einfließen.
- » Ökologisch bauen heißt auch, dass die Bewohnerinnen und Bewohner nicht auf das eigene Auto angewiesen sind, sondern zu Fuß, per Rad, ÖV oder Car-Sharing mobil sind. Das spart nicht nur enorme Baukosten für Tiefgaragenplätze, sondern ist ein wichtiger Beitrag zur Feinstaubbekämpfung und für eine gesündere Umwelt.
- » mehr Grün in den Siedlungen durch gemeinsam genutzte Innenhöfe, begrünte Dächer und Wände und durch Gemeinschaftsgärten

NEUES BAUEN – BAUGRUPPEN UND GEMEINSCHAFTSWOHNPROJEKTE

Nach dem Vorbild von Freiburg und Tübingen wollen die Grünen auch für Graz neue Formen von Wohnprojekten, die sich durch ein gemeinschaftliches Planen und Zusammenleben auszeichnen, fördern. Baugruppen und Gemeinschaftswohnprojekte steigern den sozialen Zusammenhalt, ermöglichen eine soziale Durchmischung und das Zusammenleben von mehreren Generationen. Durch ihr Engagement können sie Motor für das Entstehen von lebendigen Stadtquartieren sein.

5.2. WIRTSCHAFT

Wirtschaften ist nicht das Hoffen auf erfolgreiche Selbstregulation ...

Wirtschaftspolitik ist ein Instrument für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes – es genügt also nicht, sich allein auf den Markt zu verlassen, denn geht's „der Wirtschaft“ gut, geht's noch lange nicht allen gut. Ein attraktives, wirtschaftliches Umfeld bedarf einer aktiven Beschäftigungspolitik und einer breiten, regionalen Wirtschaftspolitik, die bei Versagen des Marktes in das freie Spiel der Kräfte regulierend eingreift. Diese, auch wissenschaftlich, gut begründete Skepsis gegenüber den Selbstregulierungskräften der Märkte wurde in den letzten fünf Jahren - Weltfinanzkrise und die folgenden Turbulenzen auf den Märkten - leider empirisch bestätigt.

... Wirtschaft beinhaltet viel mehr

Wirtschaftliche Interessenskonflikte spielen sich längst nicht mehr nur zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen ab. Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und Kleinunternehmen, Mittelbetriebe, Großbetriebe und Konzerne sind in völlig unterschiedlichem Maße von wirtschaftspolitischen Maßnahmen betroffen. Das Grüne Modell der ökosozialen Steuerreform hat diese Unterschiede aufgegriffen und liefert ein Instrumentarium zur bewussten Steuerung des ökonomischen Ausgleichs. Als Zentren des wirtschaftlichen Interesses sind Städte und Gemeinden in besonderem Maße gefordert, eine offensive und kreative Steuerungspolitik zu leisten. Nur ein breites Angebot attraktiver Standortfaktoren wie soziale Sicherheit, kulturelle Angebote, breiter Zugang zur Bildung, eine saubere Umwelt und funktionierende Infrastruktur kann Wirtschaftstreibende ebenso wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer langfristig an eine Region binden.

DAS GRÜNE GRAZ WIRTSCHAFTET NACHHALTIG

- » Die Grünen entlassen die städtische Politik nicht aus ihrer Verantwortung, wirtschaftliche Entwicklungen zu steuern und zu lenken, den gesellschaftlichen Wohlstand, Erwerbsarbeit, Einkommen und Zeit zu verteilen und somit die Teilhabe jedes einzelnen Menschen am Leben in der Stadt zu gewährleisten.

WIRTSCHAFTSPOLITIK - KONKRET

WIRTSCHAFTSOFFENSIVE DURCH ENERGIEWENDE

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf unsere Lebenswelten, die auch vor der Wirtschaft nicht halt machen. Es wird zu Veränderungen in den Bereichen Mobilität, Einkauf, Energie-Effizienz usw. kommen müssen. Die Stadt Graz muss diese Herausforderung annehmen und gemeinsam mit den Wirtschaftstreibenden Konzepte für die nachhaltige Stadt der Zukunft entwickeln. Eine aktive Klimaschutzpolitik bietet wie kaum ein anderes Wirkungsfeld die Chance, Ökonomie und Ökologie nachhaltig und wechselseitig zu nutzen. Das Grüne Konzept der Energiewende ermöglicht besonders unter den Voraussetzungen in Graz und der Steiermark einen wirtschaftlichen Impuls, der langfristig Arbeitsplätze schafft, Wachstumsimpulse für die lokale und regionale Wirtschaft bringt und Sicherheit und Unabhängigkeit in der Energieversorgung fördert.

Die Grüne Energiewende für Graz bedeutet:

- » die Förderung aller ökologischen Maßnahmen (thermische Sanierung, Umstellung der Heizsysteme usw.) bei öffentlichen und privaten Gebäuden und bei Neubauten
- » den weiteren Ausbau von Energieberatungseinrichtungen, die sich insbesondere um sozial schwächere Haushalte kümmern und diese Haushalte auch bei der Umsetzung der Maßnahmen begleiten
- » einen Forschungsschwerpunkt im Bereich Energie-Effizienz an den Grazer Hochschulen in Kooperation mit der Eco World Styria

FÖRDERUNGS- UND LENKUNGMASSNAHMEN FÜR EINE DEN ÖKOLOGISCHEN, INNOVATIVEN UND ETHISCHEN GRUNDREGELN VERPFLICHTETE STADTWIRTSCHAFT

- » die Einführung eines Öko-Bonus bei der Bemessung kommunaler und regionaler Abgaben
- » die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Betriebe ab einer bestimmten Größe nur bei nachweislichem Vorliegen ökologischer Mindeststandards und der Einhaltung ethischer Grundregeln, wie z.B. keine Diskriminierung am Arbeitsplatz
- » die verstärkte Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung in den Bereichen Energieeffizienz, Ökotechnik und Alternativenergien
- » die Anerkennung von Sozial- und Kulturwirtschaft sowie gemeinnütziger Vereine als städtische Wirtschaftsfaktoren
- » die Bereitstellung von Co-Working Spaces für EPU's in der Kreativwirtschaft
- » Beratungsangebot und Coaching für Unternehmer und Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund
- » EPU (Ein-Personen-Unternehmen)-BeauftragteR für Graz
- » konkrete Richtlinien für die Sonntagsöffnung bei Familienbetrieben als Nahversorger
- » Dotierungen und Preise für innovative universitäre Abschlussarbeiten durch die Stadt Graz (Nachwuchsförderung)
- » die Zertifizierung von Vorzeigebetrieben
- » Intensivierung der Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Betrieben (Förderung von ökologischer Landwirtschaft und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für gute Zusammenarbeit zwischen KonsumentInnen und LandwirtInnen)

GRAZ – CITY OF DESIGN

Die Grazer Kreativszene ist ein weiteres wirtschaftliches Stärkefeld. Neben Buenos Aires, Shanghai, Berlin und anderen sechs Städten darf sich nun auch Graz seit Frühjahr 2011 „UNESCO - City of Design“ nennen. Mit diesem Titel sind aus Grüner Sicht große Chancen verbunden, wenn bestimmte Voraussetzungen gewährleistet sind.

Wir Grüne wollen:

- » den Titel City of Design als Auftrag verstehen (Förderung von Ausbildungseinrichtungen u.ä.)
- » Arbeitsplätze im Designbereich schaffen und schützen
- » darauf achten, dass der Kreativbereich und der Kunst- und Kulturbetrieb nicht gegeneinander ausgespielt werden
- » Innovationspotenzial im Bereich der Kreativwirtschaft aus dem Wirtschaftsressort unterstützen

- » „Design“ nur im ganzheitlichen Sinn eines gemeinsamen Gestaltungsprozesses für die Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt unterstützen
- » Förderung von Social Design und nachhaltigem Design (achtsam mit Ressourcen umgehen)

Zum Themenbereich „Wirtschaften als regionale Zusammenarbeit verstehen“ beachte bitte den Abschnitt „Überregionale Zusammenarbeit“.

5.3. GRÜNE NETZPOLITIK

Informationstechnologie ist Teil unserer Gesellschaft ...

Der Gedanke der „Openness“ hat mittlerweile in die verschiedensten Bereiche des menschlichen Lebens Einzug gefunden, wie z.B. in der Kommunikation und der Wissenschaft. Immer geht es dabei um die demokratische Öffnung für möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer, um den Austausch von Wissen, um die Förderung von Innovation, um wechselseitiges Lernen und um den daraus entstehenden gemeinschaftlichen Wissens- und Wissensnutzungsgewinn.

... und soll für durchgehende Offenheit stehen

Höchste Zeit daher, für die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern einzutreten. Dabei geht es uns Grünen um die bessere Aufbereitung der von der Verwaltung gesammelten Daten, wie wir sie mit dem Beginn des Projekts „Open Government Data“ bereits erfolgreich für Graz eingeführt haben, um die Einführung partizipativer BürgerInnenbeteiligungsmodelle sowie um den Ausbau der städtischen E-Government-Angebote. Der sorgfältige Umgang mit dem Datenschutz ist dabei für uns Grüne selbstverständlich und zählt zu den Grundvoraussetzungen, unter denen die Stadt ihre IT- Agenden umzusetzen hat. Wir stehen für den gläsernen Staat, nicht für den gläsernen Menschen.

IM GRÜNEN GRAZ IMMER INFORMIERT

- » Die Öffnung der Stadt Graz im Sinne von Open Government Data braucht klare und für alle Grazerinnen und Grazer zugängliche Kommunikationswege. Um BürgerInnenbeteiligung auch über digitale Wege zu ermöglichen, betrachten wir Grüne den Zugang zum Internet als Teil der Daseinsvorsorge.

NETZPOLITIK KONKRET

MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON BÜRGERINNEN-PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ

- » BenutzerInnenfreundliche und auch barrierefreie Aufbereitung der Ergebnisse von Gemeinderats-, Bezirksrats- und Stadtsenatssitzungen im Internet
- » Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen
- » Ausbau von E-Government-Angeboten der Stadt Graz
- » Aufbau von E-Government-Aktivitäten bei den städtischen Tochterunternehmen
- » Einführung von Projekten zur Online- Beteiligung für Bürgerinnen und Bürgern an den Entscheidungen in der Stadt (wie z.B. Stadtteil-BürgerInnen-Budgets oder BürgerInnenhaushalt-Projekte)
- » BenutzerInnenfreundliche Aufbereitung von Verwaltungs-, Budget- und Gemeinderatsdaten durch Web-Anwendungen

OPEN GOVERNMENT DATA – NICHT-PERSONENBEZOGENE DATEN DER VERWALTUNG GEHÖREN DEN BÜRGERINNEN

- » Ausbau von Open Government Data (OGD) zur kostenlosen Nutzung der städtischen Verwaltungsdaten für alle Grazerinnen und Grazer. Ausgenommen sind dabei selbstverständlich personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzes.
- » Entwicklung von Internet- und anderen Anwendungen, die den Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung dieser Daten leicht ermöglichen (z.B. Apps zur Grazer Luftgüte, zu Fahrradrouten, Park & Ride, Fernwärme, Grünraum, Sportstätten, Frauenberatungseinrichtungen oder auch diverse statistische Daten für Forschungsarbeiten etc.)
- » Kooperation mit Stakeholdern aus der IT-Community, Bildung und Forschung, interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, städtischen Verwaltungseinheiten und anderen Gebietskörperschaften (Land Steiermark, Umland-Gemeinden), um die städtischen IT-Angebote laufend auszubauen
- » regelmäßige offene OGD-Stammtische zum Austausch zwischen „Community“ und Verwaltung und Auslobung eines Wettbewerbs für die besten Handy- und Internet-Anwendungen mit diesen offenen Daten.
- » Verpflichtende Schulungen der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den aktuellen Bestimmungen des Datenschutzes

HIGH-SPEED INTERNET FÜR JEDEN HAUSHALT ALS TEIL DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE

Mobile Datenkommunikation auch mit Hochgeschwindigkeitsanschlüssen (Glasfaser-Kabel oder Fibre) nimmt sowohl für (Klein-)Unternehmen, für Forschung, Entwicklung und Innovation als auch für private Haushalte einen immer höheren Stellenwert ein. Digital vernetzt sein zu können, zählt für uns Grüne daher, ähnlich wie Strom, Wasser und Kanal, zur städtischen Daseinsvorsorge.

Die Glasfaser (Fibre) am Wohnort (FTTH/Fibretothe Home) wird zum Kommunikationsnetz des 21. Jahrhunderts. Das bestehende Kupferkabelnetzwerk, das in der Vergangenheit gute Dienste leistete, könnte ein Hindernis bei der weiteren Entwicklung unserer auf Information und Wissen basierenden Wirtschaft werden.

Daher fordern wir Grüne:

- » einen städtischen Masterplan zur Umsetzung für ein Glasfaser-Hochleistungsinternet für jeden Grazer Haushalt

5.4. ÜBERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Regionale Verantwortung...

Verfehlte Raumplanung, fehlende Förderrichtlinien und Bedarfsprüfungen bei der öffentlichen Mittelvergabe und Proporz-diktierte Versorgungspolitik für rotes und schwarzes Ortskaisertum haben uns dorthin gebracht, wo wir heute (an)stehen: Zunehmende Verkehrsbelastung, Umwelt- und Luftvergiftung, Versiegelung wertvoller Flächen, Standort schädigende Konkurrenz zwischen den Gemeinden bringen nicht nur konkrete Probleme für die Menschen, die im Ballungsraum Graz und Umgebung leben, sondern auch viele Fehlinvestitionen in teure Infrastrukturen mit sich.

...statt Gemeindezwangsfusion

Die geplanten Gemeindegemeinschaften werden als Lösung für all diese Probleme gehandelt, jedoch über die Umsetzung ist man sich uneinig. Das Einsparungspotenzial durch Strukturreformen (Verwaltung und regionale Strukturen) und Effizienzsteigerung werden als Argument für die Fusionen angeführt, strukturelle oder räumliche Faktoren werden kaum bedacht, auch eine Beteiligung der betroffenen BürgerInnen steht nicht zur Debatte. Von Seiten der Stadt gibt es zwar theoretisch die richtigen Ansätze, im zuletzt beschlossenen STEK 4.0 auch nachzulesen, allerdings passiert ist bis jetzt nichts.

DAS GRÜNE GRAZ SCHAUT AUCH ÜBER DIE STADTGRENZEN HINAUS

- » Wir Grüne sind davon überzeugt, dass eine vermeintlich „simple Fusion“ nicht die Lösung für die großen Themen des Ballungsraumes Graz und Graz-Umgebung ist. Eine Reform „von oben herab“ zu verordnen, ruft zwangsläufig den Widerstand von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, sowie der Bevölkerung hervor und verhindert eine wirklich nachhaltige Veränderung von Haltungen und die Etablierung neuer, sinnvoller Strukturen.

GERECHTIGKEIT INNERHALB DER STEIERMARK

Damit die Region abgestimmt und mit einer gemeinsamen Perspektive gesteuert werden kann, müssen entsprechend den positiven Beispielen aus Deutschland und der Schweiz folgende Regeln eingehalten werden:

- » Aktive Einbindung der Betroffenen: Eine starke und verbindliche regionale Zusammenarbeit braucht die aktive Beteiligung und Einbindung der Betroffenen. Freiwilligkeit und Gleichberechtigung werden vom deutschen FORUM Städtenetze mit über 35 Städtenetzwerken und 100 beteiligten Städten als wichtigste Erfolgskriterien genannt. Eine Verordnung von oben führt in die Sackgasse oder verursacht viele leere Kilometer.
- » Gemeinsame Ziele, Vorstellungen über den Prozess und der entsprechende zeitliche Horizont müssen zwischen allen betroffenen Akteurinnen und Akteuren übereinstimmen.
- » Gemeinsame Strukturen in Kernthemen: Kernthemen, die sich aus der ökologischen Dringlichkeit, die wiederum gleichzeitig in Raumplanung und im Verkehr verankert ist und aus der demografischen Entwicklung der Bevölkerung ergeben, bedürfen der Bereitschaft, die eigenen Kompetenzen zugunsten gemeinsamer Entscheidungsstrukturen aufzugeben.

KOOPERATIONEN

Graz-Umland ist eine Region, in der sich ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich enorme Herausforderungen auftun, sich die mangelnde Kooperationsbereitschaft und Unverbindlichkeit der letzten Jahre aber schon spürbar rächen. Zersiedelung und individueller Verkehr nehmen zu und der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gemeinden ab. Verschiedene Handlungsfelder sind aber auch eine Chance für die Zusammenarbeit, wie z.B. die regionale Raumplanung, Mobilität- und Verkehrsplanung, Gesundheit und Pflege, Abfallwirtschaft u.v.m. Um eine fruchtbare Zusammenarbeit zu ermöglichen, bedarf es einiger Regeln.

Wir Grüne fordern:

- » strengere Raumordnungsspielregeln, die Zersiedelung unterbinden
- » die Regulierung von Mobilität und Siedlungswesen nach ökologischen Zielsetzungen, statt nur dem zu erwartenden Trend nachzubauen
- » eine Stadt- und Raumplanung nach den Kriterien einer ausgewogenen Funktionsmischung - im Sinne von Leben - Lernen - Arbeiten - Erholen und möglichst kurze Wege mit dem Effekt einer funktionierenden Nahversorgung
- » die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs nach transparenten, gerechten Kriterien
- » den Ausbau des überregionalen öffentlichen Verkehrs als Beitrag für eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität
- » Mobilität steuernde Abgaben und Förderungen (Nahverkehrsabgabe, neu gestaltete Pendlerpauschale)
- » ein übergeordnetes, demokratisch legitimiertes Regionalparlament, in dem die Entsendeten aus den Gemeinderäten der betroffenen Gemeinden und Städte, Aufgaben von regionaler Bedeutung beraten und entscheiden
- » die Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe
- » die Entwicklung von Abgaben- und kommunalsteuerlichen Anreizen zur wirtschaftlichen Kooperation statt wirtschaftliche Konkurrenz zu fördern
- » die Umsetzung einer Grundsteuerreform
- » Anreize im Finanzausgleich zur Förderung von Kooperationsprojekten
- » das Zusammenwirken von Städten und Gemeinden bei der Planung und Finanzierung großräumiger infrastruktureller Maßnahmen

6. GERECHTES GRAZ

6.1. FRAUEN

Gleiche Chancen ...

Das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft bedarf einer gerechten Verteilung von Arbeit, beruflichen Aufstiegschancen und Zeit. Von dieser Gerechtigkeit sind wir jedoch weit entfernt, solange Frauen und Männer bei der Wahl ihrer Lebens- und Berufsgestaltung nicht die gleichen Chancen haben.

Allen Benachteiligungen von Frauen – Armutsrisiko, Betroffenheit von physischer, psychischer und struktureller Gewalt, Diskriminierung in der Arbeitswelt, Unterrepräsentation in gestaltenden Machtpositionen, alltägliche sexistische Entwertung – ist gemeinsam, dass sie ursächlich mit ökonomischer Abhängigkeit und ungerechter Verteilung in Zusammenhang stehen. Dabei sind Frauen heute so gut ausgebildet wie nie zuvor, wollen beruflich unabhängig, selbstständig und erfolgreich sein und auch in hoher Lebensqualität mit ihren Kindern leben.

... der Weg zu gleichen Erfolgen

Für uns Grüne bedeutet echte Gleichstellungspolitik eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung, die nicht von selbst geschieht, sondern aktiv politisch betrieben werden muss. In Graz haben wir Grüne erfolgreich für die Einführung einer Quote für Aufsichtsräte gekämpft, die verpflichtenden Einkommensgleichstellungsberichte für Stadt und Tochtergesellschaften eingeführt und auch dafür gesorgt, dass bei städtischen Ehrungen verdienter Grazerinnen und Grazer endlich auch die Geschlechterparität verpflichtend einzuhalten ist. Auch die „Pionierinnengalerie“ im Rathaus, welche Frauen und ihre herausragenden Leistungen würdigt, konnten wir Grüne mitinitiieren.

DAS GRÜNE GRAZ IST DIE STADT DER FRAUEN

- » Wir Grüne setzen uns für Chancengleichheit ein. Nur wenn Frauen dieselben Möglichkeiten wie Männer bekommen und dieselben Positionen und Erfolge erreichen können, schafft die Stadt Graz eine gerechte und solidarische Geschlechterpolitik.

GRÜNES FRAUENPROGRAMM - KONKRET

FRAU BRAUCHT GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Vielerlei Faktoren beeinflussen und bedingen die Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft: Familienarbeit wird nach wie vor als Frauenarbeit eingestuft, die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen klafft immer weiter auseinander, Frauen in Führungspositionen sind rare Ausnahmen und die Armutsgefährdung von Frauen ist weitaus höher als jene von Männern. Die Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und ihre Grundsätze, die Gleichstellung als Grundrecht definieren und jeglicher Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen mit wirksamen Handlungsvorschlägen begegnen, wollen wir Grüne auch in Graz umsetzen.

Für eine reale Gleichstellung fordern wir Grüne:

- » die Umsetzung der Empfehlungen und Vorgaben der Charta für Gleichstellung in den folgenden Verantwortungsbereichen der Stadt: demokratische Verantwortung, politische Rolle, Rolle als Arbeitgeberin, öffentliches Beschaffungs- und Vertragswesen, Rolle als Regulierungsbehörde, Städtepartnerschaften und internationale Kooperationen
- » klare gleichstellungspolitische Vorgaben an jene Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, die öffentliche Subventionen der Stadt Graz erhalten (Konkretisierung der Subventionsordnung)
- » die Koppelung der städtischen Wirtschaftsförderung an Frauenförderungsprogramme bei den Fördernehmern und -nehmerinnen
- » die Fortführung des «Haus Graz»-Gleichstellungsberichts sowie die Umsetzung aller sich daraus ergebenden Maßnahmen
- » den Ausbau von ganzjährigen und zeitlich flexiblen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen
- » die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache in allen Dokumenten, Medien und Publikationen der Stadt Graz
- » die Implementierung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen der Stadt und in ihren Tochtergesellschaften
- » die Schaffung von mehr Vollzeitarbeitsplätzen sowie die Verringerung der Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt Graz und ihren Beteiligungen

FRAU BRAUCHT POLITISCHE PARTIZIPATION

Nur wer sich politisch engagieren und mitreden kann, ist in gesellschaftliche Vorgänge aktiv eingebunden und kann sich so daran beteiligen, dass persönliche Anliegen berücksichtigt und gefördert werden.

Wir Grüne stehen für:

- » die verpflichtende Verknüpfung der Parteienförderung an einen Frauenanteil von 50 Prozent in Gemeinderat und Stadtsenat
- » die Reform der Gemeindewahlordnung mit der Einführung einer verpflichtenden Geschlechter-Parität für alle Partei-Wahllisten
- » die verpflichtende Parität aller städtischen Gremien (Ausschüsse, Beiräte, Aufsichtsräte, Stiftungen und Kommissionen)
- » die Sensibilisierung der nicht von der Stadt allein bestellten Gremien-Vertretungen (z.B. Aufsichtsräte, Personalvertretungen und Betriebsratsgremien von Gesellschaften, an denen die Stadt und das Land gemeinsam Eigentümerinnen sind), der städtischen Quotenvorgabe in Aufsichtsräten und Beiräten folgen
- » die Absicherung der Anstellung der unabhängigen Frauenbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen, sowie die Stärkung der Mitgestaltungs- und Beratungsmöglichkeiten des Frauenrats der Stadt Graz

FRAU BRAUCHT BERATUNGSMÖGLICHKEITEN

Nur eine, die gut beraten ist, kann überprüfen, ob sie gerecht behandelt wird.

Wir Grüne wollen:

- » die Absicherung und den Ausbau der Frauenberatungseinrichtungen
- » die Förderung der Qualifizierungsangebote für Frauen
- » die Förderung feministischer Kultur-, Wissenschafts- und Kunstprojekte
- » die Absicherung und Unterstützung des JAM- Mädchenzentrums
- » die Einrichtung von Schutzwohnungen für Opfer von familiärer Gewalt, die Absicherung des Beratungsangebots, sowie den Ausbau von zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten

FRAU VERDIENT ANERKENNUNG FÜR IHRE LEISTUNGEN

Frauen und ihre Leistungen sollen im öffentlichen Bereich sichtbar gemacht werden, sowie Anerkennung und Ehrungen erfahren.

Wir Grüne wollen:

- » den Ausbau der Grazer „Pionierinnengalerie“ im Rathaus
- » bei den Ehrungen der Stadt Graz („BürgerIn“, „EhrenringträgerIn“, „EhrenbürgerIn“) sollen so lange mehr Frauen als Männer in die Vorschlagsliste aufgenommen werden, bis die Gesamtgruppe der Geehrten paritätisch ist
- » einen klaren Kriterienkatalog für Ehrungen, um der bisherigen überstarken Berücksichtigung von Kriterien, die derzeit eher von männlichen „Ehrungskandidaten“ erfüllt werden (hohes politisches Amt, Wirtschaftsführungsfunktion etc.), entgegenzuwirken
- » die bevorzugte Förderung von Künstlerinnen bei Kunstwerken (insbesondere im Bereich der Kunst im öffentlichen Raum) die von der Stadt Graz in Auftrag gegeben oder unterstützt werden
- » die Einrichtung von Förderprogrammen für innovative junge Frauenbetriebe

DIE UMSETZUNG DER EMPFEHLUNGEN DES GRAZER MENSCHENRECHTSBEIRATS BEDEUTET

- » die Verbesserung der (Not-) Wohnversorgung von Frauen und deren Kindern
- » die Weiterentwicklung und Umsetzung des Frauenförderungsprogramms der Stadt Graz
- » die Einführung von Maßnahmen zur geschlechterspezifischen Gewaltprävention
- » die Fortführung und Intensivierung von Schulungen zur Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

SEXARBEIT UND SCHUTZ VOR GEWALT

Frauen- und Mädchenhandel gehören mittlerweile zum einträglichsten Geschäft im Bereich internationaler Kriminalität. Insbesondere die Situation jener Frauen, die „illegal“ und zwangsweise unter unwürdigen Bedingungen ihr Einkommen mit Prostitution bestreiten müssen, muss seitens der Grazer Stadtpolitik endlich ernst genommen werden.

Während in Wien und Linz längst entsprechende Einrichtungen bestehen, gibt es für Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen in Graz keine ausreichend dotierten, spezifischen Unterstützungsangebote.

Darum fordern wir Grüne:

- » den Ausbau der Beratungsmöglichkeiten (z.B. Unterstützung beim Ausstieg sowie Schutz vor Ausbeutung, Gewalt und gesundheitlichen Beeinträchtigungen) für Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen und Betroffene von Menschenhandel
- » die finanzielle Absicherung der Anlaufstelle des Frauenservice Graz
- » die Verbesserung der Rechtssituation für Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen durch Gesetzesänderungen in Bund und Land
- » klare und wirksame Maßnahmen gegen strukturelle, physische und psychische Gewalt, Sexismen in Alltag, Beruf, Werbung und vielen anderen Bereichen
- » die Umsetzung der Forderungen und Empfehlungen der „Resolution gegen Gewalt an Frauen“

6.2. GENERATIONEN

Von klein auf dabei ...

Jedes Jahr wächst unsere Stadt: durch Zuwanderung, durch eine hohe Geburtenrate, aber auch durch viele Studierende, die sich entscheiden, langfristig in Graz zu bleiben. Auch der demographische Wandel, der sich in der steigenden Zahl von älteren Menschen in Graz manifestiert, zählt zu den Herausforderungen für die Grazer Politik. Wir Grüne treten für eine Politik ein, die diesen Wandel positiv gestaltet, die sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert und gleichzeitig Seniorinnen und Senioren nicht benachteiligt.

... und dabei bleiben

Diese Gesellschaftsstrukturen brauchen jedoch Rahmenbedingungen, die ihren Anforderungen und Bedürfnissen gerecht werden und die jungen wie älteren Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben sowie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht.

IM GRÜNEN GRAZ LEBEN DIE GENERATIONEN MITEINANDER

- » Wir Grüne wollen eine Entwicklung der Stadt unterstützen, die auf keinen Menschen vergisst und die die verschiedenen Bedürfnisse, Interessen und Lebensstile von Jung und Alt in ihr tägliches politisches Handeln integriert.

JUGENDPOLITIK - KONKRET

(T)RÄUME ZUM WOHNEN

Kinder und Jugendliche brauchen Platz zum (Aus-)Leben. Vor allem in Gebieten mit kleinen Wohnungen und geringer Grünfläche braucht es Freiräume, wo Jugendliche ihre Freizeit verbringen können und wollen. Jugendzentren oder autonome Kulturzentren ohne Konsumzwang und mit einem breiten Angebot an Freizeitaktivitäten sind daher weiter auszubauen. Dabei sind auch geschlechtsspezifische Angebote, wie wir Grüne sie zum Beispiel bei der Schaffung des Mädchenzentrums schon erfolgreich umgesetzt haben, zu schaffen. Der Mangel an Wohnräumen und die immer höher werdenden Mieten treffen junge Leute wie Lehrlinge oder Studierende besonders hart. Die Lehrlings- und Studierendenheime sind oftmals überfüllt, oft sind für Wohnungen hohe Vermittlungsgebühren zu zahlen.

Wir Grüne stehen für:

- » den Ausbau (politisch unabhängiger) Jugend- und Kulturzentren unter besonderer Berücksichtigung jener dicht besiedelten Gebiete, die wenig Grünraum und Freiflächen bieten
- » die finanzielle Absicherung des JAM-Mädchenzentrums
- » die Einführung einer Wohnbauförderung speziell für junge Leute
- » die Schaffung von leistbaren Gemeindewohnungen für junge Menschen
- » den Ausbau von Lehrlings- und Studierendenheimen

FREI(T)RÄUME

Jugendliche haben ein Recht auf Freiräume, in denen sie ungestört, unbehelligt und ohne Konsumzwang ihre Freizeit verbringen können. Vor allem öffentliche Räume wie Parks oder Plätze sollen Platz für Jugendliche bieten.

Durch massive Einschnitte im öffentlichen Raum (Plätze und Parkanlagen) wie Alkoholverbote, Schließung öffentlicher Toiletten, Grillverbote, Badeverbote, Spaßverbote (Slaklinen) verliert die Jugend zunehmend kostenlosen und wertvollen Lebensraum und individuelle Freiheit. Der öffentliche Raum ist Lebensraum und kein Museum. Freizeitangebote wie Sportanlagen, insbesondere die Grazer Bäder, oder Museen und andere Kultureinrichtungen, müssen zugänglich und leistbar sein.

Wir Grüne wollen daher:

- » die Parks wieder nutzbarer machen: Ausbau der sportlichen Aktivitäten (spezielle Sportangebote, die für Burschen und Mädchen geeignet und interessant sind, Funsportarten wie Slaklinen etc.)
- » mehr Tische mit Bänken im öffentlichen Raum, z.B. bei der Errichtung einer Wohnsiedlung
- » Gratiskonzerte im Stadtpark für Grazer Bands
- » kostenlose Kunst- und Kulturangebote für Menschen unter 27 Jahren
- » die Verbilligung der Eintrittspreise bei Grazer Bädern
- » eine übersichtliche Online- Datenbank für die öffentlichen Grazer Sportanlagen
- » die Berücksichtigung von Genderangeboten bei den Grazer Bezirkssportplätzen und anderen öffentlichen Sport- und Freizeitanlagen

GESTALTUNGS(T)RÄUME

Die Möglichkeit mitzugestalten und an politischen Diskursen teilzuhaben, ist mit dem Wahlrecht ab 16 allein nicht gegeben. Vielmehr brauchen junge Menschen zusätzliche Instrumente, um am demokratischen Prozess mitwirken zu können, um politische Resignation und eine Abwendung von der Politik zu verhindern. Dies findet einerseits über Information statt – wie funktioniert Stadtpolitik, wie funktioniert Gesellschaft? – andererseits über Mitwirkungsrechte. Vor allem junge Menschen engagieren sich in verschiedenen Vereinen und Organisationen, deshalb sollten diese auch entsprechend gefördert werden.

Wir Grüne fordern:

Einrichtung eines Stadtjugendbeirats für alle relevanten Jugendkulturvereine und Jugendinstitutionen, der als stimmberechtigte, unabhängige Jugendvertretung in politischen Gremien, Sitzungen und Kommissionen jugendpolitische Entscheidungen und Prozesse mitbestimmt und mit trägt. Außerdem soll dieser Beirat Jugendvereine und Projekte finanziell fördern.

- » den Ausbau der Förderung politischer Bildung für junge Menschen in Graz (zu Themen wie Antirassismus, Gesellschaftspolitik, Frauen und Politik, EU-Politik, Medienkompetenz, Förderung kritischen Denkens etc.)
- » die weitere Förderung des Grazer Kinderparlaments
- » die weitere Förderung des Jugendbeteiligungsprojekts PRO ACT
- » die Einführung verpflichtender Beteiligungsverfahren bei allen Projekten, die Kinder und junge Menschen betreffen, z.B. bei der Errichtung eines Spielplatzes oder einer Wohnsiedlung
- » die Evaluation der Jugendarbeit der Stadt Graz und ihren laufenden Ausbau

ARBEITS(T)RAUM

Schlechte Information an den Schulen, ein mangelhaftes Angebot an Lehrstellen oder finanzielle Erschwer-nisse wie Studiengebühren und andere Zugangsbeschränkungen zwingen Jugendliche, insbesondere junge Migranten und Migrantinnen, oft in Bildungswege, die an ihren eigentlichen Interessen und Fähigkeiten vorbeigehen. Die Folgen sind Ausbildungsabbruch und zunehmende Arbeitslosigkeit. Wir Grüne sagen: Junge Menschen brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze um sich selbst verwirklichen zu können – denn nur wer eine Chance hat, kann sie auch nützen.

Damit alle die gleichen Chancen haben brauchen wir:

- » die Schaffung von qualitativ hochwertigen Lehrstellenplätzen bei der Stadt Graz sowie bei den städ-tischen Unternehmen
- » die Gründung einer stadteigenen Beschäftigungsgesellschaft für Jugendliche, mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten, die sich nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten junger Menschen richten
- » die Koppelung städtischer Subventionen und Wirtschaftsförderungen an Forschungseinrichtungen, Universitäten und wirtschaftliche Betriebe an die vermehrte Schaffung von Lehrstellen
- » fixierte Praktikumsplätze bei der Stadt sowie den städtischen Unternehmen
- » eine verstärkte Förderung von internationalen Austauschprogrammen für Lehrlinge
- » die Abschaffung der Studiengebühren und anderer Uni-Zugangsbeschränkungen

(T)RAUM BILDUNG UND SCHULE

Bis zu einem Drittel unserer Lebenszeit verbringen wir im Bildungssystem. Die Lust am Lernen wird leider oft genommen – sei es aufgrund schlechter inhaltliche Konzepte, zu geringer finanzieller Mittel, oder einer mangelhaften räumlichen Ausstattung. Wo die Stadt verantwortlich ist, soll Graz eine Vorreiterrolle in der Bildung einnehmen.

Wir Grüne treten ein für:

- » einen offenen und chancengleichen Bildungsweg durch eine lückenlose und aktive Information der Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Jugendlichen, sowie für Ausbildungswege, die den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen und SchülerInnen entsprechen
- » die Schaffung spezieller Ausbildungs- und Bildungsangebote für SchulabbrecherInnen
- » den weiteren Ausbau der Grazer Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen
- » Förderung eines breitgefächerten, politikwissenschaftlichen Schwerpunktes an der Universität Graz sowie Unterstützung der Entwicklung eines Curriculums für Politikwissenschaften

(T)RAUM FAHRT

Der mobile Alltag von Jugendlichen ist in vielen Fällen vom Fahrplan der öffentlichen Verkehrsmittel oder den Gewohnheiten der Eltern abhängig. Die Möglichkeiten der Teilnahme von Jugendlichen am öffent-lichen Leben sind mit dem Recht auf Mobilität untrennbar verbunden. Vor allem in der Nacht und für Jugendliche aus den Randbezirken und Umlandgemeinden stellt sich regelmäßig die Frage nach dem sicheren nach Hause kommen.

Um den jungen Menschen in dieser Stadt ihre persönliche Lebensgestaltung zu erleichtern, braucht Graz:

- » Ausweitung der Jugendermäßigungen für Öffis für alle Jugendlichen sowie die
- » Einführung billigerer Tarife für Menschen in Ausbildung (egal welchen Alters und welche
- » Art von Ausbildung)
- » eine Image-Kampagne „Öffentlicher Verkehr“ als Gemeingut- bzw. Gemeinwesenleistung
- » die Ausweitung der Fahrzeiten bei Bim und Bus bis Mitternacht sowie bei Bedarf, die Überprüfung der Ausweitung der Betriebszeiten bis ein Uhr nachts
- » die Möglichkeit der Mitnahme von Fahrrädern in den Öffis
- » den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes mit kürzeren Intervallen, sowie Ausweitung des Nachtbus-Angebotes auf alle sieben Wochentage und bis in die Grazer Umlandgemeinden
- » die Schaffung eines gut ausgebauten Radwegnetzes, das auch von SkaterInnen genutzt werden kann

SENIORINNENPOLITIK -KONKRET

WOHNEN IM ALTER

Altersgerechter und leistbarer Wohnraum für Seniorinnen und Senioren ist rar. Oft haben ältere Menschen nicht die Chance, das Geld oder die Kraft, eine neue, barrierefreie Wohnung beziehen zu können. Eine eingeschränkte Mobilität führt zu Vereinsamung, zu einem Mangel an sozialen Kontakten und gegenseitiger Hilfe. Wir Grüne wollen unsere generationengerechte Politik, wie wir sie bei ersten Mehrgenerationen-Wohnprojekten, der Schaffung des Bewegungsparks im Seniorenzentrum Geidorf sowie beim Einbau von Liften in Grazer Gemeindewohnungen bereits umgesetzt haben, fortsetzen!

Wir Grüne stehen für:

- » Nachbarschaftshilfe, Nachbarschafts- und (interkulturelle) Begegnungszentren für ältere Menschen, insbesondere für spezifische Zielgruppen (Migrantinnen und Migranten, Homosexuelle und Transgender, Suchtkranke)
- » die Förderung von Gesprächsgruppen für ältere Menschen
- » die Schaffung barrierefreier Gemeindewohnungen
- » die Förderung für barrierefreien Umbau bei der eigenen Wohnung und bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten
- » den Ausbau von Mehr-Generationen-Wohnen in Graz
- » Barrierefreiheit und gut sichtbare und lesbare Beschilderung von öffentlichen Gebäuden sowie von Straßenbahn- und Bushaltestellen
die gute Erreichbarkeit von Veranstaltungsorten mit Bus, Bahn, Bim
- » die Schaffung von vorbeugenden Maßnahmen zur Sucht- bzw. Suizidgefährdung bei älteren Menschen

OFFENER ÖFFENTLICHER RAUM

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass alte Menschen vom Miteinander im öffentlichen Raum nicht ausgeschlossen werden. Wir Grüne stehen für eine barrierefreie Gestaltung von Straßen, Parks, Plätzen und öffentlichen Gebäuden, die zudem genügend adäquate Freizeit- und Sportmöglichkeiten (wie z.B. Sitzbänke auf öffentlichen Plätzen oder seniorengerechte Sportgeräte in Parks) bieten.

Wir Grüne fordern daher:

- » die Erhöhung der Sicherheit für Seniorinnen und Senioren durch optimale Straßenbeleuchtung und Beschilderungen, die auch für ältere Menschen lesbar sind
- » die Ausstattung von Gehwegen und FußgängerInnenbereichen mit Ruhebänken
- » die Schaffung konsumfreier Räume, Sportstätten und Bewegungsparks für ältere Menschen
- » die Schaffung zusätzlicher öffentlicher Toiletten
- » den Ausbau von Gemeinschaftsgärten
- » die Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- » eine zentrale Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren und deren Anliegen

IMMER WAS ZU TUN

Viele Seniorinnen und Senioren sehnen sich in das Berufsleben zurück, um etwas tun zu können, um Zeit in Sinnvolles zu investieren und auch, um nicht „nutzlos“ zu werden – wir Grüne sagen: das Alter darf nicht zum Abstellgleis werden!

Wir setzen uns ein für:

- » die Förderung von flexiblen und entlohnten Arbeitsmöglichkeiten für ältere Menschen bei der Stadt Graz und ihren Gesellschaften
- » die Einführung einer städtischen Wirtschaftsförderung für Betriebe und Einrichtungen, die Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer mit selbstbestimmten Arbeitszeiten schaffen
- » den Ausbau von Ehrenamtlichen-Initiativen und -Netzwerken

GESUND GEPFLEGT

Pflege, medizinische Versorgung und Vorsorge sind für ältere Menschen und deren Angehörige essenziell, oft sogar lebensrettend. Wir Grüne unterstützen das Recht auf eine optimale Versorgung. Dabei soll Alterspflege möglichst lange im gewohnten Lebensbereich stattfinden, darf dabei aber nicht zu Lasten der Pflegenden, oftmals der Familienangehörigen gehen.

In Pflege- und Betreuungseinrichtungen wollen wir Grüne dafür sorgen, dass betreuungsbedürftige Menschen mit Migrationshintergrund eine spezielle Unterstützung, insbesondere bei Sprachbarrieren, bekommen.

Zugang zu Hilfe bedeutet für uns:

- » die Förderung der flächendeckenden, medizinischen Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, mobiler Beratungs- und Pflegedienste
- » den Ausbau von Gesundheitszentren und Betreuungseinrichtungen in allen Grazer Bezirken
- » die Unterstützung pflegender Angehöriger durch familienentlastende Dienste, aufsuchende Betreuung, Tagesstätten und vernetzte Strukturen

- » die Förderung von muttersprachlichem Personal für Migrantinnen und Migranten in städtischen Betreuungseinrichtungen und in Krankenhäusern
- » die Aufwertung der Pflegeberufe durch bessere Ausbildung, höhere Gehälter und Verkürzung der Arbeitszeit

MOBILITÄT IST GEFRAGT

Ältere Menschen wollen selbstbestimmt und in größtmöglicher Unabhängigkeit leben. Sie haben ein Recht auf barrierefreie und seniorInnengerechte Verkehrsmittel, die ihnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Graz ermöglicht.

Dafür fordern wir:

- » die Barrierefreiheit in Bus, Straßenbahn, Zug, bei Haltestellen, Bahnhöfen oder Wartehäuschen
Fahrpläne, die in Augenhöhe, beleuchtet und in großer Schrift angebracht sind
- » den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes

7. VIELFÄLTIGES GRAZ

7.1. BILDUNG UND SCHULE

Bildung schafft gesellschaftliche Entwicklung...

Bildung ist ein Grundrecht und unerlässlich für persönliche und gesellschaftliche Entwicklung und Chancengleichheit. Dafür braucht es einen freien Zugang zu Bildung auf allen Ebenen für Menschen jeden Alters, unabhängig vom Einkommen, der sozialen Herkunft oder Nationalität.

... hin zu einem solidarischen Zusammenleben

Zudem hat die PISA-Studie eines klar diagnostiziert: In Österreich hängen Bildungschancen eng mit der sozialen Herkunft zusammen. Kinder aus bildungsfernen Schichten sind im höheren Bildungssystem noch immer stark unterrepräsentiert. Ein erfolgreiches Bildungssystem hingegen verzichtet auf frühe Selektion, integriert und fördert alle Kinder - die hochbegabten genauso wie Kinder mit besonderen Bedürfnissen.

DAS GRÜNE GRAZ SCHAFFT BILDUNGSCHANCEN

- » Bildung ist mehr als Ausbildung. Sie soll die Menschen befähigen, die Probleme unserer Gesellschaft und deren Zusammenhänge zu erkennen und verantwortungsbewusst und solidarisch zu handeln. Bildung hilft uns zu erkennen, wie Menschen leben wollen und welche Regeln und Notwendigkeiten des Zusammenlebens es in einer Demokratie braucht. Wir Grüne setzen uns für eine solidarische, faire und offene Bildung ein

SCHULPOLITIK - KONKRET

DIE GEMEINSAME SCHULE FÜR 6- BIS 14-JÄHRIGE

Städtische Volksschulen und die Neuen Mittelschulen haben große Herausforderungen zu bewältigen: Überfüllte Klassen, Kinder mit schwierigem Verhalten, der hohe Anteil von Kindern mit Sprachproblemen und mangelnde Unterstützungsstrukturen überfordern alle Beteiligten. Zusätzlich erschwert die Zunahme von Lernproblemen und Konzentrationsschwierigkeiten die Bildungsarbeit.

Deshalb fordern wir Grüne:

- » eine gemeinsame Schule aller 6 bis 14-Jährigen
- » ein ausreichendes Angebot an Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht bzw. eine qualitativ hochwertige, leistbare Nachmittagsbetreuung in Kleingruppen
- » Schulen in jenen Bezirken, die einen hohen Anteil an sozial benachteiligten Familien aufweisen, werden mit den besten Ressourcen (pädagogisches Personal, Schulsozialarbeit, Infrastruktur etc.) ausgestattet
- » die Inklusion von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulen

DIE GESUNDE SCHULE

Die Schulzeit prägt - in der Phase des Erwachsenwerdens treten unzählige Veränderungen ein, in der Jugendliche viele Gewohnheiten und Einstellungen annehmen und oft auch lebenslang beibehalten. In einer gesundheitsfördernden Schule wird von allen am Schulleben Beteiligten (Schülerinnen und Schüler, Lehrende, Eltern) eine gesunde Lebensweise groß geschrieben und die gesunde Schule achtet nicht nur auf körperliches Wohlbefinden, sondern auch auf die psychosozialen Belastungen des Schulalltags.

Wir Grüne fordern für Grazer Bildungseinrichtungen:

- » eine Vielfalt an Bewegungsangeboten
- » das Angebot von gesunden, biologisch ausgerichteten Schulbuffets
- » eine Neuausrichtung der schulischen Infrastruktur
- » eine Gestaltung der Schulhöfe, die Bewegung und Spiel fördert
- » die Weiterführung und den Ausbau des schulischen Mobilitätsmanagements

DIE SOZIALE UND BETREUTE SCHULE

Viele Kinder leben in schwierigen Familienverhältnissen – sie vereinsamen, werden aggressiv und stehen mit ihren Problemen alleine da – Eltern haben oft keine Zeit für die notwendige Unterstützung und sind überfordert. Verlässliche soziale Bindungen nehmen ab und die Schule wird zum einzigen, beständigen Bezugssystem.

Wir Grüne wollen daher:

- » die Erhöhung der Anzahl an BeratungslehrerInnen
- » den weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit
- » eine psychosoziale Betreuung für Kinder mit traumatischen Erfahrungen
- » die Einrichtung einer unabhängigen Schulberatungsstelle für Eltern
- » Soziales Lernen und Umwelterziehung für jede Schulstufe
- » Mobbing-Beratung für Schüler und Schülerinnen
- » Sucht und Gewaltprävention
- » LGBT (lesbian/gay/bi/transgender)-Workshops, Sexualkunde und Coming-Out-Beratung

DIE BESONDERE SCHULE

In vielen Schulen werden Kinder mit besonderen Bedürfnissen integriert unterrichtet. Das dafür zugewiesene Stundenkontingent reicht jedoch für eine gute Förderung aller Kinder nicht aus.

Deshalb fordern wir Grüne:

- » eine Aufstockung des Lehrpersonals mit sonderpädagogischer Ausbildung

DIE SCHULE DER VIELFALT

Grazer Schulen sind multikulturelle Schulen. Das bietet einerseits Konfliktstoff, andererseits aber auch Möglichkeiten für interkulturelle Begegnung und Verständigung.

Die Grünen stehen für:

- » die Unterstützung zweisprachiger Alphabetisierung und den Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts
- » mehr personelle Ressourcen und bessere Ausstattung für Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund
- » den Einsatz interkulturell geschulter Sozialarbeiterinnen und- arbeiter
- » den Ausbau „interkulturelle Kompetenz“ als Schulpflichtfach
- » interkulturelle Begegnungsräume für Schülerinnen, Schüler und Eltern in Schulen
- » eine moderne Lehrendenausbildung
- » die verstärkte Förderung von interkulturellen Projekten, die dem Abbau von Vorurteilen und Ängsten dienen und die die Nachbarschaft der Schule mit einbinden
- » die Förderung von Partnerschaften mit Schulen aus den verschiedenen Herkunftsländern

Die transparente und parteipolitisch unabhängige Schule

Die SPÖ-ÖVP Koalition im Land Steiermark sichert ihren Machteinfluss besonders im schulischen Bereich durch parteipolitisch motivierte Postenbesetzungen. Trotz Assessment-Centers und Hearings werden DirektorInnen und InspektorInnen nach wie vor nach parteipolitischen Überlegungen bestellt. Die Qualität der Schulen und vor allem die Motivation engagierter und unabhängiger Lehrerinnen und Lehrer leiden darunter.

Daher stehen wir Grüne für:

- » die transparente LeiterInnenbestellung ohne parteipolitische Einflussnahme und die Bestellung von Leiterinnen und Leiter auf fünf Jahre
- » Modelle für kollegiale Leitungsformen (administrative und pädagogische)
- » den Ausbau von demokratischen Mitbestimmungsmodellen sowohl für Eltern als auch Schülerinnen, Schüler und Lehrende

UNIVERSITÄTEN, FACHHOCHSCHULEN UND LEBENSLANGES LERNEN

Ausbildung und Bildung sind das Fundament für beruflichen Erfolg, gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Unabhängigkeit. Immer wichtiger werden dabei aber auch weiterführende Ausbildungen nach Abschluss der Schule oder einer Lehre an Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und anderen Berufsausbildungsstätten. Ein breites Bildungsangebot ist für die weitere Bevölkerungs-, Kultur- und Wirtschaftsentwicklung von zentraler Bedeutung.

Wir Grüne wollen:

- » die Schaffung spezieller Maßnahmen, um Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zur Inanspruchnahme höherer Bildung zu motivieren bzw. zu fördern
- » den Zugang für Menschen aus Drittstaaten zu den Grazer Universitäten durch den Ausbau von Stipendien durch die Stadt Graz unterstützen

- » eine demokratische Selbstorganisation der tertiären Bildungseinrichtungen. Wichtige Ziele sind dabei die Mitbestimmung der Lehrenden und der Studierenden und ein funktionierender Frauen-Förderplan, damit die Geschlechterproportionalität auch bei den Spitzenpositionen erreicht werden kann.
- » keine Studiengebühren und andere Zugangsbeschränkungen zu den Grazer Universitäten
- » eine aktive, zukunftsorientierte und internationale Forschungspolitik
- » einen regionalen Forschungsfonds, um junge neugierige Menschen für Forschungsprojekte in Graz zu gewinnen und den internationalen Wissensaustausch zu forcieren
- » die Kreativzweige an Universitäten und Fachhochschulen fördern und kontinuierlich internationalisieren
- » den Erhalt und Ausbau der Standorte von Stadtbibliotheken langfristig absichern
- » die Förderung eines breitgefächerten politikwissenschaftlichen Schwerpunktes an der Universität Graz sowie Unterstützung der Entwicklung eines Curriculums für Politikwissenschaften

7.2. KUNST UND KULTUR

Impulse setzen ...

Kunst und Kultur bilden wesentliche Fundamente unserer Stadt. Kunst kann völlig neue Perspektiven schaffen und unseren Blick auf die Welt verändern. Dies hat sich in ganz besonderer Weise im Grazer Kulturhauptstadtjahr 2003 gezeigt. Die Chancen und Impulse, die daraus hervorgegangen sind, wurden seitens der Politik allerdings nur in sehr kleinem Ausmaß genutzt. Die ständigen Wechsel der Kulturreferenten haben de facto zum Stillstand in der Grazer Kulturpolitik geführt.

... und Impulse leben

Als kulturpolitische Aufgabe der Stadt Graz verstehen wir Grüne die Förderung von Kunst und Kultur und die Setzung von Rahmenbedingungen, die es Kulturschaffenden erlaubt, zu arbeiten und zwar so, dass Kulturarbeit nicht gleichbedeutend ist mit Armut und Selbstaussbeutung. Kontinuierliche Kulturarbeit braucht eine ausreichende Finanzierung. Es muss in einer Stadt wie Graz auch möglich sein, neuen, experimentellen Projekten sowohl Raum als auch Geld zur Verfügung zu stellen. Derzeit fehlen in der Stadt jedoch der Mut und die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen. Das wollen wir Grüne ändern!

DAS GRÜNE GRAZ FÖRDERT EINE VIELFÄLTIGE KULTURSZENE

- » Die Politik muss die Impulse aus Kunst und Kultur verstärkt wahrnehmen und deren Potentiale fördern. Wir Grüne wollen ein vielfältiges Kulturleben in Graz ermöglichen. Eine großzügige städtische Kulturförderung ist für uns daher selbstverständlich.

GRÜNE KULTURPOLITIK - KONKRET

Grundvoraussetzung für jede ernst zu nehmende städtische Kulturpolitik ist die Erstellung eines Leitbildes. Darüber hinaus muss durch eine Erhöhung des Kulturbudgets die Absicherung privater Kulturschaffender in Graz langfristig garantiert werden.

Wir Grüne fordern:

- » ein kulturpolitisches Leitbild auf Basis einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Kunst und Kultur in Graz. Das Leitbild soll in einem offenen Prozess unter Einbindung der betroffenen Kulturschaffenden und Experten und Expertinnen im internationalen Austausch entstehen, von der Vielfältigkeit der Grazer Kunst- und Kulturszene geprägt sein und besonders die Jugendkultur, z.B. Graffiti, berücksichtigen.
- » die Entwicklung einer eigenständigen Bezirks- bzw. Quartierskultur. Die Öffnung von öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken (mehrsprachig, international, barrierefrei etc.) kann entscheidend zur Entstehung eines dezentralen selbstorganisierten Kulturlebens beitragen.
- » die Schaffung von Kultur- und Freiräumen bzw. autonomen Kulturzentren, die in Selbstverwaltung von Kulturschaffenden betrieben werden
- » die Absicherung und Ausweitung der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“
- » eine Grundsicherung für Künstlerinnen und Künstler
- » eine Förderung und Unterstützung von barrierefreien Kulturzugängen
- » eine verstärkte Servicefunktion der Grazer Kulturverwaltung, z.B. Unterstützung bei EU-Projekten

und regionalen und nationalen Förderansuchen, Reduktion der städtischen „Antrags-Bürokratie“

- » die Förderung und Unterstützung des Aufbaus kultureller Netzwerke auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene

PROGRAMMKINOS

Abseits der DIAGONALE findet die österreichische und internationale Kurz-, Dokumentar- und Avantgardefilmszene zumeist außerhalb von Graz statt. Die Programmkinos drohen im Kampf der Kinogiganten unterzugehen und antworten teilweise mit Mainstream.

Wir Grüne fordern:

- » eine aktive Steuerung und Motivation von städtischen Programmkinos durch gezielte Programmfilm-Förderungen
- » die Schaffung von Stipendien für Kunst- und Avantgarde- Filmschaffenden

STADTMUSEUM

Wir Grüne bekennen uns zu einem neu konzipierten Grazer Stadtmuseum, das gesellschaftspolitische, kulturgeschichtliche, gegenwärtige und historische Graz-spezifische Themen, zeitgemäß und lebendig präsentiert.

Die Grünen stehen für:

- » die nötige ausreichende Finanzierung für Ausstellungen und zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit, dessen Umbau und Renovierung, sowie ausreichende Finanzierung der Umsetzung der Dauer-ausstellung zur Geschichte der Stadt Graz
- » die Renovierung des Garnisonsmuseums

KUNSTHAUS

Das Grazer Kunsthaus bietet zeitgenössischem Kunstschaffen Raum und ist zudem in den letzten Jahren zu einem Präsentationsort für Grazer Design geworden. Das ebenfalls im Kunsthaus beheimatete Medienkunstlabor musste dafür aber weichen, auch junge Grazer Künstlerinnen und Künstler sind im Kunsthaus zugunsten von internationalen Kunstgrößen unterrepräsentiert. Eine Neuausrichtung des Grazer Kunsthauses ist für uns Grüne daher dringend nötig.

Wir Grüne fordern:

- » die Wiederaufnahme des Medienkunstlabors im Grazer Kunsthaus
- » die verstärkte Kooperation des Kunsthauses mit Grazer Kunst- und Kulturschaffenden sowie mit anderen Kulturinitiativen in Graz

ELEKTRONISCHE FESTIVALS

Die vielfältigen Aktivitäten im Bereich der elektronischen Kunst, seien es die große DJ- und DJane-Szene, die VJs und VJanes, die produzierenden und netzwerkenden Labels, die Veranstalterinnen und Veranstalter und die Klubs, aber auch große Festivals wie Spring, Elevate und Urban Art Form Festivals sind aus Graz, genauso wie andere gewachsene Kunst-Szenen, nicht mehr wegzudenken.

Wir Grüne wollen:

- » eine ausreichende Finanzierung der Elektronik-Szene durch die Stadt
- » eine Förderung für DJs/DJanes, VJs/VJanes und junge Labels, z.B. in Form von Stipendien

NACHWUCHSFÖRDERUNG

Viele österreichische GegenwartsmusikerInnen unterrichten an der Kunst Universität in Graz, zahlreiche internationale Absolventinnen und Absolventen starten von Graz aus in die Welt. Ähnliches gilt für eine junge Generation von Nachwuchsdramatikerinnen und -dramatikern, Literatinnen und Literaten und im Bereich der Bildenden Künste. Statische, städtische (Spar-) Budgets dürfen nicht zu Lasten der Nachwuchsförderung gehen bzw. dazu führen, dass viele Kulturschaffende Graz den Rücken kehren.

Wir Grüne stehen für:

- » ein klares Bekenntnis der Stadt zur Nachwuchsförderung
- » einen Ausbau der städtischen Kunst-Stipendien
- » Schaffung von günstigen Atelierräumen sowie von Proberäumen für junge Musikerinnen und Musiker
- » die finanzielle Unterstützung der Kunst Universität Graz

GEDENKKULTUR

Denkmäler sind politische Symbole, die an etwas oder jemanden erinnern sollen. Mit dieser Erinnerung ist meist auch eine selektive Wahrnehmung verbunden. So gibt es in Österreich zwar viele Kriegerdenkmäler, angemessene Denkmäler und Erinnerungsstätten für Kriegsoffer oder auch Deserteursdenkmäler gibt es aber auch in Graz viel zu wenige.

Daher setzen wir Grüne uns ein für:

- » die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte und für die Opfer des Nationalsozialismus, sowie die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für Deserteure und weiterer Widerstandsoffer an einem würdigen und zentralen Ort in Graz
- » die Umsetzung des Projekts „Stolpersteine“
- » die Unterstützung der Aktivitäten von Vereinen, die Gedenkkultur fördern (wie z.B. durch Schulprojekte zur Erinnerungskultur)
- » eine stärkere Einbeziehung der Würdigung von Opfern, Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen und Deserteuren bei Neu- und Umbenennungen von Grazer Straßennamen

DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ IN DER STÄDTISCHEN KUNST- UND KULTURVERWALTUNG

Demokratie und Transparenz sind wesentliche Kriterien für das Vertrauen in die städtische Kunst- und Kulturverwaltung. Amtliche Abläufe wie Fördergespräche, Förderrichtlinien und Entscheidungen über die Mittelvergabe müssen für Betroffene und Interessierte nachvollziehbar sein.

Wir Grüne stehen für:

- » Transparenz in der Kulturförderung und bei Postenbesetzungen (z.B. bei der Theaterholding, den Spielstätten, dem Joanneum)
- » die Festlegung von Qualitätskriterien für alle Sparten und für die regelmäßige Evaluierung aller geförderten Einrichtungen anhand gleichlautender Kriterien je Sparte sowie eine transparente Vorge-

hensweise gegenüber den evaluierten Initiativen

- » ein zweckmäßiges und bedarfsorientiertes Kulturstättenmanagement, das transparent und demokratisch zugänglich ist
- » die Implementierung von Diversity Management in allen Kulturbereichen (Besetzung von Gremien, Vergabe von Fördermitteln etc.)
- » die Aufwertung der Rolle und der Kompetenzen des Grazer Kulturbeirats

8. TRANSPARENTES GRAZ

8.1. BUDGET UND FINANZEN

Spielraum ist da ...

Eine soziale und lebendige Stadt mit hoher Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner kostet Geld. Mit einer nachhaltigen Budgetpolitik auf Bundesebene – insbesondere durch mehr Steuergerechtigkeit – und einer zielorientierten Finanzpolitik auf Stadtebene wird es weiterhin möglich, den notwendigen Handlungsspielraum zu bewahren, um eine Grundversorgung aller Grazerinnen und Grazer in guter Qualität sicherzustellen und wieder verstärkt in die Zukunft der Stadt investieren zu können.

... muss aber weiterhin bewahrt werden

Der finanzielle Handlungsspielraum hat sich zwar deutlich erhöht, dank der erfolgreichen und sozial ausgewogenen Einsparpolitik der letzten fünf Jahre, die infolge der grünen Regierungsbeteiligung in der Stadt Graz ohne Kürzungen bei den Sozialausgaben umgesetzt werden konnte. Trotzdem herrscht noch immer eine unbefriedigende Situation: Die Leistungen, die größere Städte aufgrund ihrer Zentralraumfunktion erbringen müssen, kommen auch jenen zugute, die sich nicht an ihrer Finanzierung beteiligen. So entstehen z.B. enorme Investitions- und Betriebskosten für städtische Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs und des Autoverkehrs, von denen die Umlandgemeinden oft mehr profitieren als die StadtbewohnerInnen selbst. Ganz zu schweigen von den Folgekosten durch Verkehrslärm und Luftverschmutzung und wachsende soziale Unterschiede.

DAS GRÜNE GRAZ SCHAFFT IM STÄDTISCHEN BUDGET DIE NOTWENDIGEN HANDLUNGSSPIELRÄUME

- » Die Grüne Budgetpolitik schafft notwendige Handlungsspielräume, ohne den Sparstift bei Sozial-, Kultur- und Gesundheitsausgaben anzusetzen.

FINANZEN UND BUDGET - KONKRET

Die Ursachen für die Budgetkrise sind vielschichtig: Zum einen sind noch immer die Schulden der jahrzehntelangen Prestigeprojekte der Proporzpolitik von ÖVP und SPÖ zu bezahlen. Zum anderen hat die Verlagerung von Aufgaben des Bundes auf die Gemeindeebene (z.B. Passwesen, Meldewesen) ohne einhergehende Aufwertung der kommunalen Budgets zusätzliche finanzielle Belastungen gebracht. Auch der regelmäßige Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat nicht auf die schwierige Situation der österreichischen Städte reagiert, sondern dazu geführt, dass vor allem größere Städte dazu herangezogen werden, die allgemeine Finanzkrise des Bundes kurzfristig zu schönen. Dieser Prozess hat sich im Zuge der Weltfinanzkrise sogar weiterhin verstärkt.

Die Grazer Grünen stehen für die Umsetzung folgender Maßnahmen im Bereich der städtischen Budgetpolitik:

- » eine Neuverhandlung des Finanzausgleichgesetzes
- » die Änderung der Abstufung des Bevölkerungsschlüssels und Schaffung neuer Finanzierungsformen für die Infrastrukturkosten von Städten mit Zentralraumfunktion
- » die Einführung von Genderbudgeting, Budgetgestaltung nach den Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit

- » die Einführung des „BürgerInnenhaushalt“: Beteiligung der Grazerinnen und Grazer an der Budgetgestaltung der Stadt durch mehr Transparenz und Mitbestimmung
- » Prioritätensetzungen statt willkürlicher Budgetkürzungen durch Reihung der städtischen Ausgaben nach Dringlichkeit (z.B. Priorität für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fernwärme und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität)
- » eine ressortübergreifende Planung von Schwerpunkten zur Vermeidung von Parallelstrukturen
- » die Ökologisierung von städtischen Gebühren und Abgaben
- » die widmungsgemäße Verwendung zweckgebundener Mittel wie z.B. der Mineralölsteuer für Investitionen in den öffentlichen Verkehr
- » eine Steigerung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung
- » eine Einführung einer Verkehrserregerabgabe (z.B. für Einkaufszentren)
- » die Erhöhung von Grundsteuer und Bauabgabe
- » die Herausgabe von Volksanleihen z.B. zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- » die Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe
- » eine steuerliche Belastung von ungenützten Immobilien

GENDER BUDGETING

Mit der mit 1.1.2009 in Kraft getretenen Haushaltsrechtsreform ist Gender Budgeting erstmals im österreichischen Bundes-Verfassungsgesetz (Art.13., Abs. 2) verankert: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.“

- » Umsetzung von Gender Budgeting in der Stadt Graz und in allen ihren Beteiligungen
- » eine Koppelung von Wirtschaftsförderung und Auftragsvergabe an Gleichstellungspläne und konkrete Zielerreichungen
- » eine Überarbeitung der städtischen Vergabe-Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Dienstleistungen zur Einbeziehung von ökologischen, sozialen, gleichstellungspolitischen und Frauenförderungskriterien

8.2. KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Mehr Transparenz und weniger Korruption....

In einer Stadt wie Graz sind „Bekanntschaften“ zwischen politischen Akteurinnen und Akteuren und öffentlicher Verwaltung einerseits und UnternehmerInnen und InvestorInnen andererseits häufig und auch unvermeidlich. Deshalb haben wir Grünen nicht nur in Zeiten wie diesen sondern schon seit langem, für mehr Transparenz gekämpft. Leider wurden aber nahezu alle Anträge auf mehr Transparenz und gläserne Parteikassen von den anderen Parteien, insbesondere von ÖVP, SPÖ und FPÖ, abgelehnt. Offensichtlich gilt es hier noch immer einiges zu verbergen.

... ist die wichtigste Voraussetzung für mehr politisches Interesse

Wir Grünen haben auf kommunaler Ebene die Billigst-Mieten an politische Parteien aufgezeigt und nahezu abgeschafft, wir haben auf Bundesebene eine Öffnung der Parteikassen erkämpft. Nun gilt es vor allem auch auf kommunaler Ebene die Wahlkampfkosten zu beschränken und die Parteienfinanzierung zu reformieren.

DAS GRÜNE GRAZ IST KORRUPTIONSFREI

- » Durch das neue Parteiengesetz müssen alle politischen Parteien ab 2013 ihr Spenden offen legen. Diese Offenlegungspflicht gilt auch für Landesparteien, Ortsgruppen und Vorfeldorganisationen und ist die wichtigste Voraussetzung um Korruption wirkungsvoll bekämpfen zu können. Überhöhte Rechnungen für öffentliche Aufträge und entsprechende Rückflüsse in die Parteikassen gibt es nicht nur in Wien und Kärnten.
- » Für uns Grünen sind Gläserne Parteikassen auf allen Ebenen schon lange eine Selbstverständlichkeit.

TRANSPARENZ - KONKRET

Es muss sichergestellt werden, dass die extrem teuren Wahlkämpfe mancher Parteien in Graz auch wirklich von den Parteien selbst und nicht von der Allgemeinheit finanziert werden. Leider haben manche Grazer Parteien so viel zu verbergen, dass sie bis heute, trotz all der bekannten Skandale, weder ihre Ausgaben noch ihre Einnahmen bekannt geben.

Deshalb fordern wir Grüne:

- » deutlich mehr Transparenz im öffentlichen Bereich – das gilt natürlich auch für alle Beteiligungen
- » eine völlige Offenlegung der Parteikassen.

Wir bekennen uns zu einer angemessenen Parteienfinanzierung, um die Unabhängigkeit der politischen Parteien zu sichern. Parteien, die vor allem von Investorinnen und Investoren finanziert werden, können wohl kaum politische Entscheidungen zum Wohl der Allgemeinheit treffen.

Wir Grüne wollen

- » dass öffentliche Subventionen für Parteien zukünftig der Grazer Subventionsordnung unterliegen und vom Stadtrechnungshof kontrolliert werden
- » dass eine Verknüpfung der Subventionen mit der Beachtung wesentlicher Grundsätze der Stadt Graz anzustreben ist. Dazu zählen wir unter anderem die Achtung der Menschenrechte, die oben angesprochene Transparenz und die Einhaltung der von der Stadt Graz erwünschten Genderquote von 40

Prozent in allen Führungspositionen und natürlich auch bei politischen Mandatarinnen und Mandataren. Bei Nichterfüllung dieser Kriterien sind die Subvention deutlich zu kürzen, im Extremfall auch einzubehalten.

Untrennbar mit Korruption verbunden ist der sogenannte „Postenschacher“. Systematische Korruption ist nur möglich, wenn „politische Vertrauensleute“ an den entsprechenden Stellen sitzen. Erste Schritte in Richtung Transparenz konnten wir Grüne bei der Reform der städtischen Betriebe durchsetzen, weitere müssen folgen. Bei besonders sensiblen Leitungsfunktionen und vor allem bei Kontrollfunktionen ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Personen ohne Naheverhältnis zu einer politischen Partei ausgewählt werden.

Wir Grüne wollen:

- » dass offene Stellen auf allen Ebenen ausgeschrieben werden und transparente Auswahlprozesse dazu führen, dass (unter Berücksichtigung der Genderquote) die besten Kandidatinnen und Kandidaten ausgewählt werden
- » dass ein Sitz im Gemeinderat oder im Stadtsenat mit einer Anstellung in leitender Funktion in der Stadtverwaltung unvereinbar ist

IMPRESSUM

Die Grazer Grünen / Jungferngasse 3 / 8010 Graz
Tel: 0316/83 16 94 / Mail: graz@gruene.at